

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK NIEDERSACHSEN 1 | 2020

POSITIONEN

EINE WELT IN NIEDERSACHSEN

Shrinking Spaces:

Zivilgesellschaft unter Druck

Menschenrechte weltweit in Not

Debatte um Gemeinnützigkeit

Eine Welt-Arbeit in Corona-Zeiten

Liebe Leser*innen,



die Staaten verpflichteten sich 2015 zu gemeinsamen nachhaltigen Entwicklungszielen, den Sustainable Development Goals (SDGs). Seitdem war auch die Zivilgesellschaft aufgerufen, ihren Beitrag zur Umsetzung zu leisten. Fortschritte gab es vielerorts, wo es offene Räume für die Zivilgesellschaft gab. Viele Eine Welt-Aktive in Niedersachsen hören aber von ihren internationalen Partner*innen, wie deren Arbeitsbedingungen zunehmend erschwert werden – durch behördliche Schikanen, Kriminalisierung

bis hin zu Morddrohungen. Studien bestätigen: Zivilgesellschaftliche Spielräume nehmen seit Jahren weltweit ab. Auch in Europa wie z. B. in Ungarn und Polen wurden Grundrechte ausgehöhlt. Eine herabwürdigende Rhetorik gegenüber Frauen, Migrant*innen, politischen Gegner*innen wie auch gegenüber kritischen Medien errichtet inzwischen in vielen Ländern Mauern in den Köpfen der Menschen. Das erschwert die Arbeit der Zivilgesellschaft. Auch in Deutschland und Niedersachsen hat sich das gesellschaftliche Klima verändert. Die Morde des NSU und an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zeigen die Zunahme rechten Terrors. „Feindeslisten“ von rechts-extremen Gruppen, z. T. mit Verbindungen zu Polizei und Bundeswehr, beunruhigen. Auf ganz anderer Ebene ruft die Diskussion um die Frage, wie politisch Bildungsarbeit oder gemeinnützige Vereine sein dürfen, Besorgnis hervor.

Dies alles hat uns bewegt, als wir in die Planungen für diese VEN-Positionen einstiegen und mögliche Autor*innen ansprachen. Wie immer wollten wir in unserer Zeitschrift sowohl Partner*innen aus dem Globalen Süden als auch von

hier zu Wort kommen lassen und konkrete Bezüge zu Niedersachsen herstellen. Und dann kam Corona ... Wir sahen uns alle im Beruflichen wie im Privaten vor große Herausforderungen gestellt. Viele sagten, Corona verändere alles. Wir stellten fest: Corona wirkt wie ein Brennglas auf bestehende Probleme. Die Menschen weltweit sind nicht gleichermaßen betroffen von den Folgen der Pandemie. Nicht nur mit Blick auf Gesundheit, auch bei Armut und Hunger drohen in diesem Jahr enorme Rückschritte. Umso wichtiger ist es, dass bei milliardenschweren Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Pandemie die richtigen Weichenstellungen gesetzt werden!

Zivilgesellschaft unter Druck – unser Thema hat durch Corona nicht an Aktualität eingebüßt. Im Gegenteil. Überall wurden Grundrechte eingeschränkt, aber nicht immer mit Augenmaß. Weltweit wird die Pandemie genutzt, um Menschenrechte und zivilgesellschaftliche Freiheiten einzuschränken und Kritiker*innen zum Schweigen zu bringen. Gleichzeitig drohen nationale Egoismen sowie eine Schwächung der internationalen Zusammenarbeit und des Einsatzes für Demokratie, Menschenrechte und Gleichberechtigung. Aber wir haben es in der Hand! Lassen Sie uns aus der Corona-Zeit eine Zeit der Solidarität machen! Lassen Sie uns gemeinsam Zivilgesellschaft stärken, hier und anderswo. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung globaler Krisen und zur Erreichung der SDGs!

Eine anregende Lektüre wünschen

Antje Edler und Eby Tangara

POSITIONEN



VERBAND
ENTWICKLUNGSPOLITIK
NIEDERSACHSEN e.V.

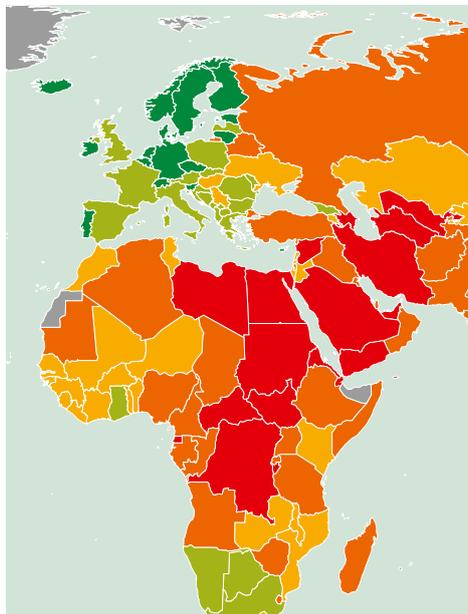


Niedersachsen **entwickeln**
für Eine Welt

Herausgeber Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V., Hausmannstr. 9 - 10, 30159 Hannover, Tel. 0511-391650, info@ven-nds.de, www.ven-nds.de **Redaktion** Antje Edler (verantwortlich) und Juliane Jesse **Redaktionelle Mitarbeit** Mana Atiglo, Sören Barge, Simon Böhringer, Julian Cordes, Annika Härtel, Lukas Henze **Bilder** S.1/6/18 24zwoelf.de; S.4 Planet Mallika/ pixabay.com; S.7 Gero Camp; S.8/9 Brot für die Welt (überarbeitet); S.10 Julien Gomba/ Flickr; S.12 ninocare/ pixabay.com; S.13 Amnesty International S.14 Niedersächsischer Flüchtlingsrat; S.16 Afrikanischer Verein Ostfriesland; S.20 Projekt Sichtwechsel; S.22/26/27 VEN; Autoren- und Interviewbilder: Privat **Grafik** 24zwoelf.de **Druck** wirmachen-druck GmbH, Mühlbachstraße 7, 71522 Backnang (Klimaneutral auf Recyclingpapier) **Auflage** 1000 **Hannover** Juni 2020

Eine größere Stückzahl der POSITIONEN kann gegen Übernahme der Portokosten in der VEN Geschäftsstelle bestellt werden.

Gefördert durch das Land Niedersachsen.



LEITARTIKEL

- 4 Wir brauchen eine starke Zivilgesellschaft zur Umsetzung der SDGs!**

Dr. Simon Ramirez-Voltaire, agl

DEFINITION

- 6 Shrinking Spaces: Was steckt dahinter?**

Oscar Del Valle, Islamic Relief Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

- 8 Zivilgesellschaft weltweit**

INDIGENE UNTER DRUCK

- 10 Widerstand gegen die Ölförderung im Amazonas**

Gespräch mit Gilberto Mincaye Nenquimo Enqueri

MENSCHENRECHTE IM IRAN

- 12 Repressionen, Justizwillkür und unerschrockene Aktivistinnen**

Azadeh Moalem

INTERVIEW MIT DEM FLÜCHTLINGSRAT

- 14 „Wir müssen für Vieles gewappnet sein“**

Gespräch mit Kai Weber

ALLTAGSRASSISMUS

- 16 „Wir sind die Expert*innen für Afrika“**

Gespräch mit Abdou Ouedraogo

GEMEINNÜTZIGKEITSRECHT

- 18 Demokratie braucht eine sich einmischende Zivilgesellschaft!**

Annika Härtel, VEN

WELTOFFEN, SOLIDARISCH UND NACHHALTIG

- 20 Global(es) Lernen ist politische Bildung**

Marion Rolle, VNB

EINSCHRÄNKUNGEN DURCH CORONA

- 22 Eine Welt-Aktive trotz der Krise**

Juliane Jesse, VEN

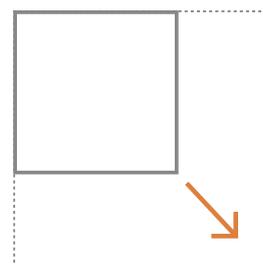
VEN-FORDERUNGEN:

- 24 Zivilgesellschaft stärken – hier und weltweit**

HANDLUNGSOPTIONEN

- 26 Was können wir tun?**

Juliane Jesse, VEN





LEITARTIKEL

Wir brauchen eine starke Zivilgesellschaft zur Umsetzung der SDGs!

Dr. Simon Ramírez-Voltaire, Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke

Freie und selbstorganisierte zivilgesellschaftliche Strukturen sind wichtige Debattenräume in einer Demokratie. Neben Parlamenten, Parteien, Medien und rechtsstaatlichen Institutionen sind sie unabdingbar für Aushandlungsprozesse. Gerade wenn wir die globalen nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals - SDGs) erreichen wollen, brauchen wir die Debatte über Visionen und konkrete Veränderungen. Studien zeigen, dass dort, wo Zivilgesellschaft Freiräume hat und offene Dialogräume vorhanden sind, es auch Fortschritte bei der Umsetzung gibt. Aber wie ist es aktuell um die Zivilgesellschaft weltweit bestellt?

Auf internationaler Ebene...

haben entwicklungspolitische Akteur*innen in den letzten Jahren sorgenvoll auf schrumpfende Räume der Zivilgesellschaft geschaut. Gemeint sind damit harte Einschnitte und Maßnahmen gegen zivilgesellschaftliche Akteur*innen vor allem von staatlicher Seite: von Bedrohung und Diffamierung über restriktive Gesetzgebung bis hin zur Kriminalisierung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Aber auch weichere Instrumente gehören dazu, wie vermehrte administrative Hürden oder Scheinbetei-

ligung. Der weltweite Trend könnte sich nun weiter verstärken: Aufgrund der Corona-Pandemie haben viele Länder drastische Maßnahmen wie Notgesetze und Lockdowns ergriffen, die das öffentliche Leben und damit auch die Arbeit von Zivilgesellschaft betreffen. Vor diesem Hintergrund sind entwicklungspolitische Organisationen jetzt besonders gefordert, indem sie diese Entwicklungen aufmerksam beobachten, öffentlich darüber berichten und sich dafür einsetzen, dass zivilgesellschaftliche Räume gewahrt bleiben.

In Deutschland...

... gibt es nicht nur große Offenheit für zivilgesellschaftliche Akteur*innen und ihre Positionen und Aktionen sondern auch staatliche Förderung. Die Landschaft an Initiativen, Nichtregierungsorganisationen und Vereinen spricht für sich. Wie im Ausland leisten sie auch hier vielfältige Beiträge zum Erreichen der SDGs. An vielen Stellen in Bund, Ländern und Kommunen sind sie eingebunden in Beteiligungsprozesse. Zwei Entwicklungen könnten aber Einschränkungen für zivilgesellschaftliche Akteur*innen auch in Deutschland bedeuten: Finanzämter haben unter Berufung auf das attac-Urteil des Bundesfinanzhofes 2019 einer Reihe von Organisationen wegen der politischen Arbeit die Gemeinnützigkeit aberkannt. Dabei ist die Vorstellung einer unpolitischen Gemeinnützigkeit gar nicht realistisch – eine Auffassung, die von einem aktuellen Rechtsgutachten im Auftrag der Gesellschaft für Freiheitsrechte gestützt wird. Es ist doch gerade ihre Aufgabe, gesellschaftliche Diskussionen voranzutreiben, Neues zu entwickeln und Politik zu korrigieren – nicht im Sinne von Einzelinteressen, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet.

Die Zivilgesellschaft hat deshalb Gesetzesreformen zur Sicherheit und Anerkennung gemeinnütziger Arbeit, die sich auch politisch engagiert, gefordert, und die Politik hat Reformen angekündigt. Solange befinden sich viele Organisationen in einer Situation der Verunsicherung. Denn mit dem Verlust der Gemeinnützigkeit wäre bzw. ist die Finanzierung der Arbeit in Gefahr: Spenden sind nicht mehr abzugsfähig, und die Organisation an sich ist in vielen Programmen nicht mehr förderfähig.

Daneben stellen die Folgen der Coronakrise auch hierzulande zivilgesellschaftliche Organisationen und ihre Räume vor neue Herausforderungen. Sie sind ebenso wie Unternehmen und kulturelle Einrichtungen nicht selten in ihrer Existenz bedroht. Sie müssen ihre Arbeitsfähigkeit in Zeiten von Lockdowns und Kontaktbeschränkungen aufrechterhalten, wofür sie auch staatliche Unterstützung und Flexibilität in den Förderbedingungen erhalten. Ob dies ausreicht, ist nicht abzusehen. Sie sind vulnerabel, wirtschaftliche Engpässe und künftige Sparprogramme könnten ihre Räume verkleinern.

Der Wert der Zivilgesellschaft gerade jetzt

Aber: Krisen haben es so an sich, dass vieles auf den Prüfstand gestellt wird und Umdenkprozesse einsetzen. Das bietet Chancen für einen nachhaltigen und sozial gerechten Wiederaufbau. Dies wird jetzt verhandelt – und Zivilgesellschaft hat darin ihre Aufgaben:

- Das Global Policy Forum Europe hat in einem Briefing im Mai festgestellt, dass die Verwirklichung der SDGs aufgrund der Pandemie gefährdet ist. Um so wichtiger ist es, dass die SDGs nicht aus dem Blick geraten. Hier ist Zivilgesellschaft ebenso wie die Politik auf allen Ebenen und weltweit gefragt.
- Zivilgesellschaft kann und soll jetzt das Bewusstsein dafür stärken, dass der Klimawandel ebenfalls ein globaler Notstand ist – der „künftig jährlich über 250.000 Todesfälle durch Hitzewellen, Dürren und den Anstieg des Meeresspiegels verursachen könnte“ (DIE, Die aktuelle Kolumne vom 25.05.2020). Corona darf nicht dazu führen, dass jetzt Anstrengungen für die Be-

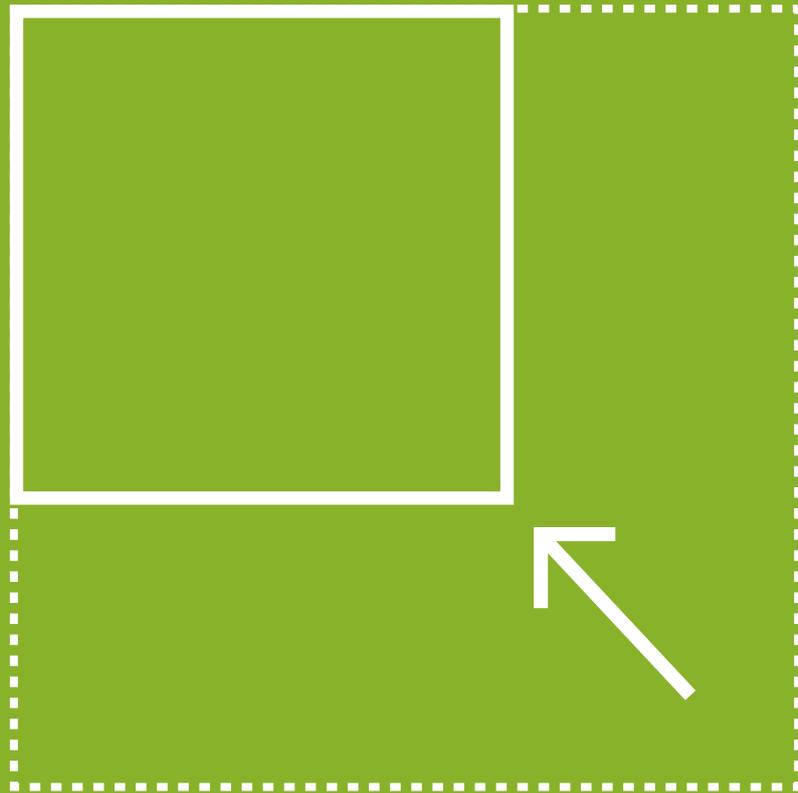
wältigung der Klimakrise abnehmen, vielmehr müssen sie intensiviert werden. Im Sinne von: „Flatten the curve – ab jetzt auch bei der Erderwärmung“ (DIE).

- Für den globalen Solidargedanken: Gerade in und nach der Krise muss dieser gefördert werden, denn er könnte – auch wegen steigender nationaler Egoismen – geschwächt werden. Globale Solidarität als gesellschaftliche Vision ist Grundstein für Nachhaltigkeit, Demokratie, Frieden. Diese Werte gedeihen in zivilgesellschaftlichen Strukturen, in denen sich Bürger*innen engagieren und in denen sie die so wichtigen Beiträge zum Gemeinwesen als solidarischer Zusammenhang leisten.
- Für migrantisch-diasporische zivilgesellschaftliche Organisationen sind die Räume aufgrund bestehender gesellschaftlicher Barrieren auch ohne Corona schon beschränkt und könnten durch Corona verstärkt leiden. Sie müssen erhalten und erweitert werden – wo nötig mit speziellen Förderungen.
- Zentral ist die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland: Für die Vermittlung von Kompetenzen und das Anstoßen von Lernprozessen, die für globale Solidarität genauso wichtig sind wie für notwendige Veränderungen im eigenen Land. Sie ist auch wichtig für die Akzeptanz von Entwicklungspolitik und die Bereitschaft einer Gesellschaft, Geld für globale Solidarität und damit für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Und: Ohne die Mitwirkung der Menschen in der Politik, im Kiez oder im eigenen Wohnzimmer ist die Transformation zur einer sozial und ökologisch nachhaltigen Welt nicht denkbar – denn sie muss gelebt werden. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit der Zivilgesellschaft stärkt dies.

Wollen wir Demokratie, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit als Ziele nicht aufgeben, müssen sie global und in Deutschland unter neuen Bedingungen erhalten und konsequent gefördert weltweit werden. Die dafür zentralen zivilgesellschaftlichen Räume sind durch shrinking spaces ohnehin schon bedroht und könnten durch die Corona-Krise weiter eingeschränkt werden. Unser verstärkter Einsatz sollte jetzt dem Ziel gelten, Gesellschaften offen zu halten, Debattenräume zu erhalten und die Anstrengungen für die SDGs zu steigern. Dafür wird Zivilgesellschaft mehr gebraucht denn je, auch oder gerade in Zeiten von Corona.



Dr. Simon Ramirez-Voltaire ist Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl). Er promovierte an der Freien Universität Berlin, wo er zu Demokratie, Partizipation und Ungleichheit arbeitete.



DEFINITION

Shrinking Spaces: Was steckt dahinter?

Oscar Del Valle, Islamic Relief Deutschland

In letzter Zeit ist der Begriff der Shrinking Spaces in der entwicklungspolitischen Szene sehr präsent. Was hat es mit diesem Phänomen auf sich? Wie äußert sich das, und wer ist davon betroffen? Shrinking Spaces ist genauer ausgedrückt als Shrinking Civic Spaces zu verstehen. Dieser Begriff meint die zunehmende Einschränkung der zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume: Zum einen bedeutet es die Einschränkung fundamentaler Rechte wie der Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit. Zum anderen bezeichnet dieses Phänomen die Tatsache, dass zivilgesellschaftliche Akteure, die für Regierungen unbequem sind, in ihrer Arbeit behindert, mit Drohungen und Diffamierungskampagnen eingeschüchtert oder sogar mit Gewalt attackiert werden.

Laut dem CIVICUS Monitor leben heute nur drei Prozent der Weltbevölkerung in Ländern, in denen dieser Raum als offen bezeichnet werden kann; 111 Länder sind von einem eingeschränkten zivilgesellschaftlichen Raum betroffen. Das Neue am Begriff Shrinking Spaces liegt in der Betonung auf shrinking – also darauf, dass die Einschränkung der Zivilgesellschaft eine Tendenz ist, und somit der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum immer weiter schrumpft. In 24 der 111 betroffenen Länder spricht man mittlerweile sogar von Closed Spaces. Das Phänomen betrifft alle Regionen der Welt und sowohl autokratische Staaten als auch Länder, die vorgeblich demokratische Regierungen haben.

Wie machen sich diese Shrinking Spaces bemerkbar?

Regierungen haben viele Möglichkeiten, fundamentale Rechte einer Gesellschaft einzuschränken. Ein beliebtes Mittel für Restriktionen ist eine vorgebliche Anti-Terrorismus-Gesetzgebung. Aber auch über wachsende administrative Hürden, unverhältnismäßige gesetzliche Kontrollen und Rechtsvorschriften gegen ausländische Finanzierung sowie Steuergesetze wird versucht, zivilgesellschaftliche Organisationen – etwa entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – finanziell auszutrocknen und zu kontrollieren. Lebensbedrohlicher sind die Versuche einiger Regierungen, NGOs, Journalist*innen und Aktivist*innen zu kriminalisieren, zu inhaftieren oder psychisch und physisch zu bedrohen, wenn diese für die Regierung unbequem sind oder sich ihren wirtschaftlichen Interessen in den Weg stellen – ob zum Beispiel bei (neoliberalen) wirtschaftspolitischen Initiativen der Regierung, die oft Umweltschutz und Menschenrechte bestimmter Bevölkerungsgruppen und Minderheiten außer Acht lassen, oder bei wirtschaftlichen Interessen einzelner korrupter Funktionäre. Es kommt auch vor, dass Regierungsvertreter*innen Gerüchte, Falschmeldungen und Korruptionsvorwürfe verbreiten, um unliebsame NGOs, Journalist*innen und Aktivist*innen zu diskreditieren. Auch private Unternehmen schüchtern zum Zweck von Ressourcensicherung mit Anklagen, Drohungen und Gewalt Menschenrechts- und Umweltschutzaktivist*innen ein, die sich gegen ihre wirtschaftlichen Interessen positionieren. Der Fall der indigenen Umweltaktivistin Berta Cáceres, die 2016 beim Widerstand gegen die Einrichtung eines Wasserkraftwerks in Honduras ermordet wurde, ist weltweit bekannt. 2017 wurden laut der Organisation *global witness* 197 Umweltaktivist*innen ermordet und in mehr als der Hälfte der Fälle steckt ein privater Akteur dahinter – 2019 ist die Zahl auf mehr als 300 gestiegen.

Wer ist von Shrinking Spaces betroffen?

Wer Einschränkungen erlebt, kann nicht pauschal definiert werden. Oft richten sich die Einschränkungen an NGOs. Bei Islamic Relief Deutschland arbeiten wir u.a. an Themen wie Bildung und Wasser sowie Kinder- und Frauenrechte. Je nach Kontext und Inhalt der Projekte können unsere Partner unter Druck geraten, wenn Regierungen oder Unternehmen eine Agenda gegen ihre Interessen vermuten. Zielscheibe werden aber meistens politisch aktive und regierungskritische soziale Bewegungen, Menschenrechts- und Umweltaktivist*innen oder Journalist*innen und NGOs. Die Organisation Front Line Defenders berichtet speziell von Diffamierungskampagnen weltweit, unter anderem gegen NGOs, wie etwa der Fall von People in Need: Die Menschenrechts- und humanitäre Organisation wurde 2019 ohne Erwähnung von Gründen vom russischen Justizministerium als

„unerwünschte Organisation“ deklariert und musste ihre Arbeit im Land einstellen, um schwere Sanktionen, Gefängnisstrafen und die Gefährdung ihrer Partner zu vermeiden.

Wie sieht es in der EU mit Shrinking Spaces aus?

Innerhalb der EU ist laut CIVICUS in 12 Ländern – unter anderem Italien, Österreich und Frankreich – der zivilgesellschaftliche Raum „verengt“. In Spanien trat 2015 ein Gesetz in Kraft, welches die Meinungs-, Presse und Versammlungsfreiheit explizit einschränkt. Der Staat macht freizügig davon Gebrauch und hat bereits über 4 Millionen Euro Bußgelder gegen Journalist*innen, Fotograf*innen und weitere Bürger*innen verhängt. Akuter noch ist der Fall Ungarns, das einzige EU-Land in der Kategorie „beschränkt“. Präsident Orbán setzte in den vergangenen Jahren immer mehr auf Diffamierung und einschränkende Gesetze: Zielscheibe einer medialen Diffamierungskampagne wurde zunächst die von George Soros gegründete Open Society Foundation, die NGOs wie Transparency International oder Human Rights Watch fördert. Es folgten eine Reihe von Gesetzen: Ein Gesetz erlaubt, internationale Universitäten sowie vom Ausland finanzierte NGOs verstärkt unter staatliche Kontrolle zu stellen und bei Nichterfüllung von Auflagen diese zu schließen, wie im Fall der Zentraleuropäischen Universität (CEU). Ein weiteres Gesetz kriminalisiert NGOs, die Flüchtlinge unterstützen, indem ihnen „Beihilfe zur illegalen Migration“ strafrechtlich vorgeworfen wird. Dafür reicht es aus, Informationsmaterialien zum Asylrecht anzufertigen oder zu verbreiten. Ein weiteres restriktives Mediengesetz konfrontiert Journalist*innen mit einer Vielzahl von Hindernissen, von absichtlicher Diffamierung bis hin zu physischer Inhaftierung und Gewalt. Letztlich ist auch das ganz aktuell in Kraft getretene „Corona-Gesetz“ ein Beispiel dafür. Es schränkt die Kontrolle durch das Parlament ein und macht es nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen für Orbáns Regierung leicht, Journalist*innen für die Ausübung ihrer Arbeit für bis zu fünf Jahre ins Gefängnis zu stecken. Aber auch in Deutschland gibt es erste Anzeichen: Mit dem Vorwurf, dass die „Einflussnahme auf politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung [...] keinen gemeinnützigen Zweck erfüllt“, wurden 2019 dem zivilgesellschaftlichen Netzwerk Attac und der Bürgerbewegung Compact der Status der Gemeinnützigkeit aberkannt und damit die finanzielle Grundlage für ihre Existenz entzogen. Und so schwindet der Raum für eine aktive Zivilgesellschaft weltweit immer weiter – und damit auch die demokratischen Werte.

Der Beitrag basiert auf einem Text, der bereits 2018 bei VENRO erschienen ist. Unter www.ven-nds.de/shrinking-spaces finden sich neben dem Link zum ursprünglichen Text auch die Verweise auf diverse Quellen zu den im Text beschriebenen Fällen und Beispielen.



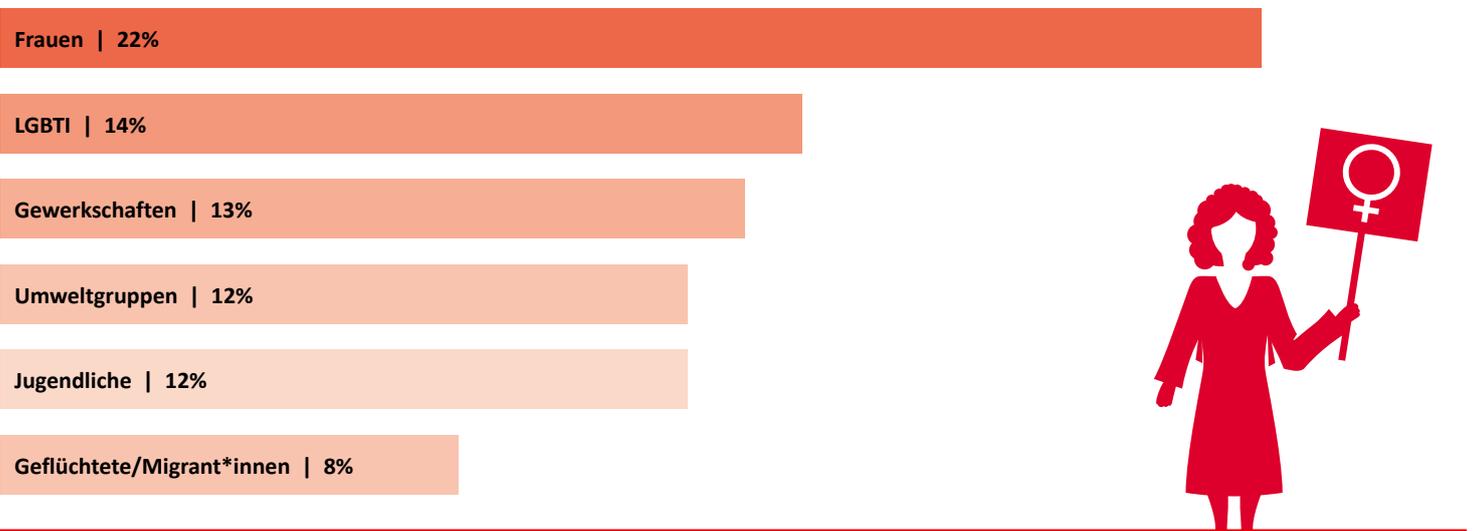
Oscar Del Valle studierte den Masterstudiengang International Development Studies in Marburg. 2017 war er als Referent bei VENRO für das Thema Shrinking Spaces zuständig und arbeitet nun bei Islamic Relief Deutschland, einer entwicklungspolitischen und humanitären NGO.

Zivilgesellschaft weltweit

Der Atlas der Zivilgesellschaft 2020 von Brot für die Welt beschreibt die Lage der Zivilgesellschaft weltweit. Der Bericht stützt sich dabei auf Daten von CIVICUS – einer globale Allianz zur Stärkung der Bürgeraktion und der Zivilgesellschaft auf der ganzen Welt. Diese hat Berichte im Zeitraum vom 1. Oktober 2018 bis 11. November 2019 in 196 Ländern gesammelt.

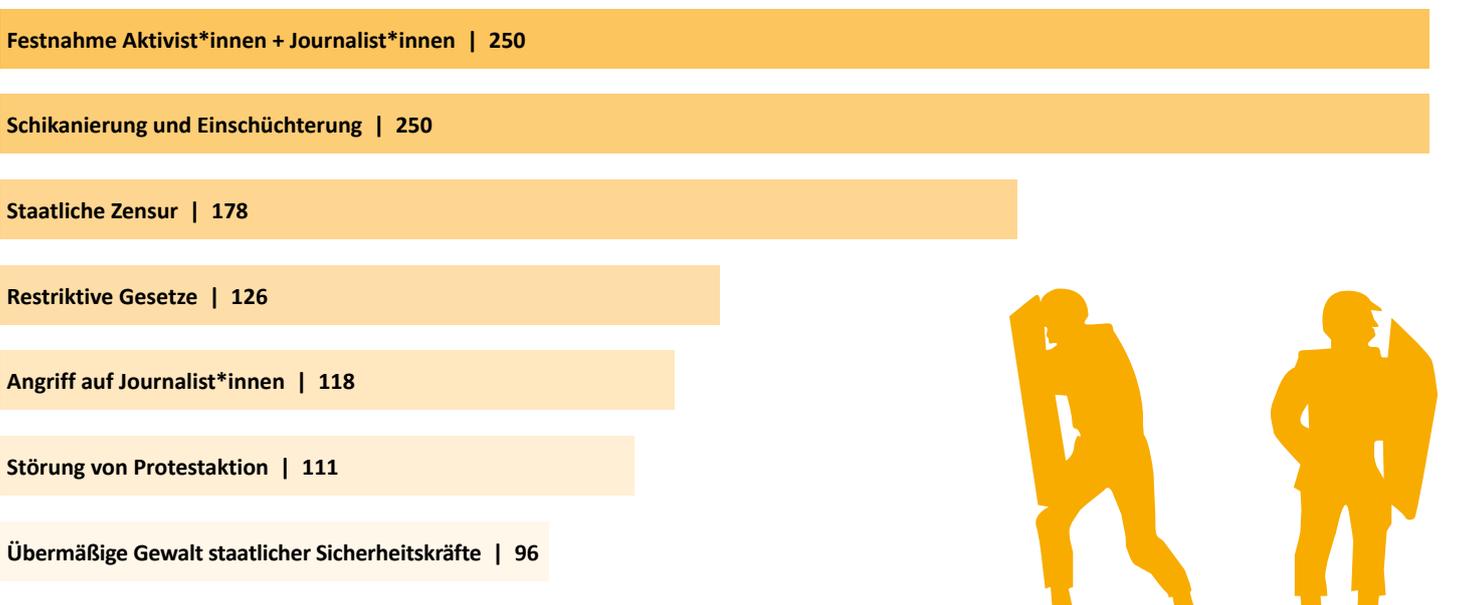
Betroffene von Shrinking Spaces

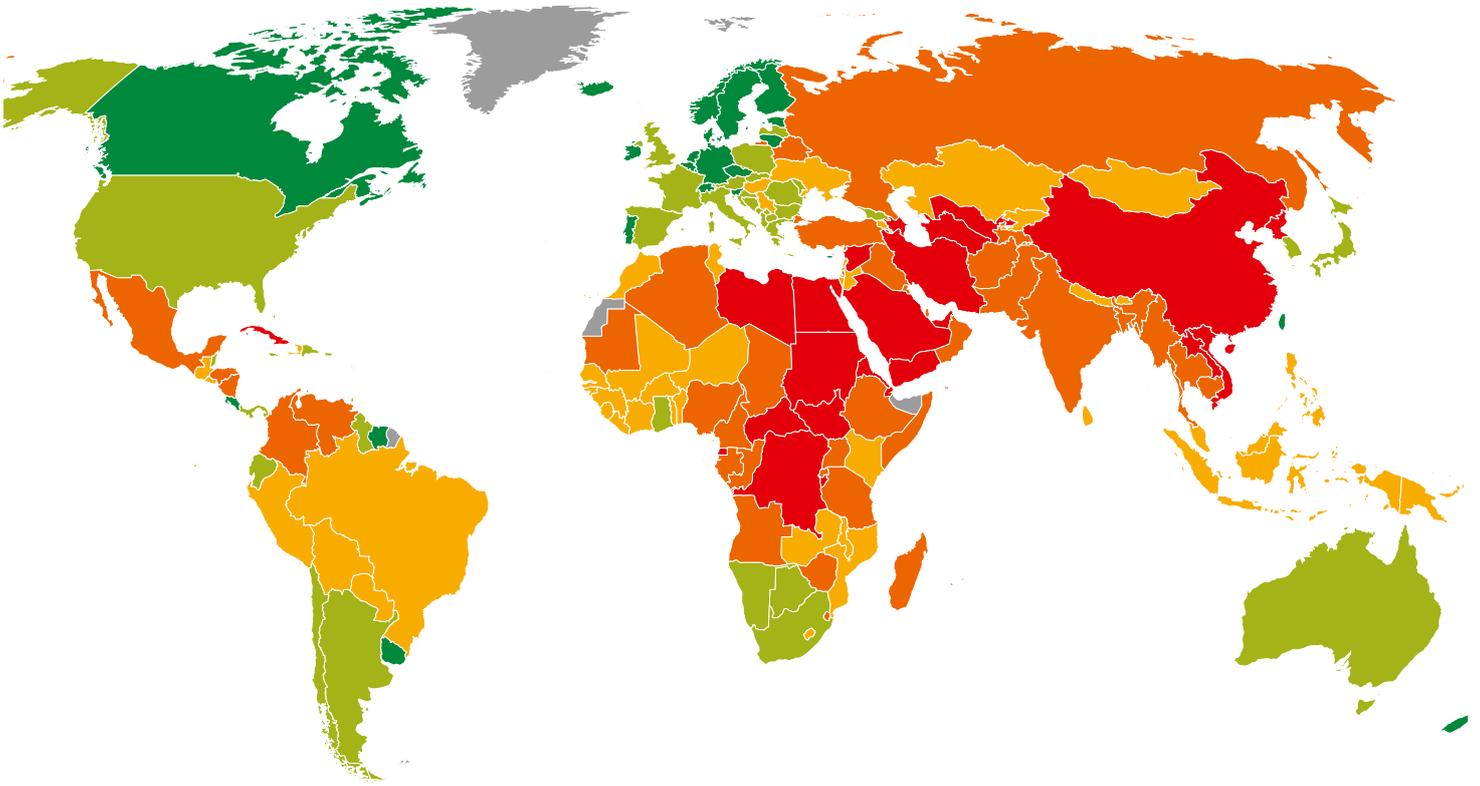
Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Raums treffen nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen. Mehr als einer von fünf Vorfällen, die an CIVICUS gemeldet wurden, richtete sich explizit gegen Frauen.



Die Instrumente der Repression

Hunderte Einschränkungen der Zivilgesellschaft wurden CIVICUS für den Berichtszeitraum gemeldet. Diese Liste steht beispielhaft für eine Vielzahl weiterer Fälle weltweit.





Zivilgesellschaftliche Räume

67% der Weltbevölkerung leben in Staaten mit unterdrückten und geschlossenen Gesellschaften. Das sind rund fünf Milliarden Menschen. In drei von vier Staaten ergreift die Regierung Maßnahmen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen, Aktivist*innen und Journalist*innen. Nur 259 Millionen Menschen leben in Staaten mit offener Zivilgesellschaft.

3%

259 Mio

OFFEN

- Menschen können ungehindert Vereinigungen bilden, Demonstrationen abhalten und Informationen verbreiten
- Autoritäten sind offen für Kritik von zivilgesellschaftlichen Organisationen
- Es gibt intensiven und konstruktiven Dialog mit Bürg*innen, freie Medien und keine Zensur
- Regierungsinformationen sind leicht zugänglich.

14%

1.080 Mio

BEEINTRÄCHTIGT

- Das Recht auf Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit wird vereinzelt verletzt
- regierungskritisch geltende Vereinigungen werden teilweise juristisch verfolgt oder anderweitig schikaniert
- unverhältnismäßige Gewalt, wie Tränengas oder Gummigeschosse, werden gegen friedliche Demonstrant*innen eingesetzt
- eine freie Entfaltung der Presse wird durch strikte Regulierung oder Ausübung von politischem Druck auf Medienschaffende unterlaufen.

16%

1.203 Mio

BESCHRÄNKT

- rechtliche und praktische Einschränkungen behindern die freie Grundrechtsentfaltung
- Zivilgesellschaftliche Organisationen werden durch Überwachung, bürokratische Schikanen und öffentliche Demütigung zersetzt
- Versammlungen werden häufig von Polizeikräften unter Einsatz exzessiver Gewalt auseinandergetrieben
- Journalist*innen sind von körperlichen Übergriffen und Verleumdungsklagen betroffen und zensieren sich selbst.

40%

3.023 Mio

UNTERDRÜCKT

- Aktivist*innen riskieren es, überwacht, drangsaliert, eingeschüchtert, inhaftiert, verletzt oder sogar getötet zu werden
- Exzessive Gewaltanwendung seitens der Behörden (Einsatz von scharfer Munition, Massenverhaftungen und Gewahrsam) gegen Demonstrant*innen
- Advocacy-Arbeit wird regelmäßig verhindert
- Medien geben die Sicht des Staates wieder, unabhängige Stimmen werden routinemäßig durch Razzien, körperliche Übergriffe oder langwierige Strafverfahren verfolgt; Die Internetnutzung wird stark überwacht.

27%

2.027 Mio

GESCHLOSSEN

- Atmosphäre der Furcht: Jegliche Kritik am herrschenden Regime wird schwer bestraft.
- Menschen werden für die Wahrnehmung ihrer Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheiten inhaftiert, körperlich misshandelt oder getötet.
- Es gibt keine Medienfreiheit. Das Internet ist stark zensiert, und die meisten Webseiten sind geblockt.



INDIGENE UNTER DRUCK

Widerstand gegen die Ölförderung im Amazonas

Christian Cray im Gespräch mit
Gilberto Mincaye Nenquimo Enqueri, Präsident der Waorani

Das Volk der Waorani im Amazonasregenwald Ecuadors ist erst seit 60 Jahren in Kontakt mit der westlichen Gesellschaft. Die 3.500 Waorani leben traditionell in Familien im Wald, sie sind eigentlich halb-nomadische Jäger*innen und Sammler*innen. Ihr Territorium umfasst 865.000 Hektar, das größte indigene Gebiet in Ecuador, das sie gegen die Erdölförderung, Bergbau und das illegale Eindringen von Holzfällern verteidigen. Teil ihres Gebietes ist die „Unberührbare Zone“, in der die letzten unkontaktierten Gruppen leben, die Taromenane und Tagaeri, die eine enge Verwandtschaft mit den Waorani eint.



Gilberto Mincaye Nenquimo Enqueri, Präsident der Waorani, erzählt von den Bedrohungen, denen diejenigen Waorani ausgesetzt sind, die sich gegen die Rohstoff-Industrie wehren.

Gilberto, was sind deine Ziele als Präsident der Waorani?

Ich vertrete mein Volk über die NAWA, die Nacionalidad Waorani del Ecuador, die politische und kulturelle Repräsentanz aller Waorani-Gemeinden in den Amazonasprovinzen Orellana, Napo und Pastaza. Ich möchte vier Ziele erreichen: Erstens dass unser Territorium über katasteramtlich erfasste Landtitel verfügt, so dass wir unseren Wald auch juristisch verteidigen können. Zweitens brauchen wir in den Gemeinden eine verbesserte Infrastruktur in Bildung und Gesundheit. Drittens sollte unser kulturelles Erbe, unsere Entstehungsgeschichte, Legenden und Erzählungen den kommenden Generationen erhalten bleiben, denn sie sind die Pfade in unsere Zukunft. Und viertens in Hinblick auf die Ölförderung in unserem Territorium: Wir wollen keine Öffnung neuer Ölplattformen, keine seismische Erkundung neuer Ressourcen. Von der bestehenden Förderung soll unser Volk endlich profitieren und nicht nur die Nachteile zu spüren bekommen. Geldliche Entschädigung und Bestechungen für die Verschmutzung und die Ölfälle, die den Wald unbewohnbar machen, unser Wasser verseuchen, unsere Familien spalten, Frauen in die Prostitution zwingen und den Alkoholismus fördern, sind keine Lösung.

Bist du persönlich schon wegen deiner Arbeit bedroht worden?

Vergangenes Jahr habe ich für einen Gerichtsprozess der Waorani gegen die Regierung übersetzt. Der Staat hatte ohne jede informierte Zustimmung von den betroffenen Gemeinden mit der Ölexploration begonnen, es gab nicht mal einen Konsultationsprozess. Die Behörde für indigene Angelegenheiten drohte, man würde mich für 12 Jahre ins Gefängnis stecken, wenn ich nicht mit ihnen kooperiere und in ihrem Sinne übersetze. Ich bin darauf nicht eingegangen und habe im Sinne meines Volkes gehandelt. Den Prozess haben die Waorani dann gewonnen: Die Regierung wurde vom Gericht zu Konsultationsprozessen verpflichtet. Ein großartiger Sieg für uns, den Wald und das Leben!

Ich bin aber auch schon auf offener Straße bedroht worden: „Du denkst du weißt alles über das Erdöl...? Du wirst dich schon noch umschauen...“ Auch in sozialen Netzwerken gibt es Diffamierungen. Und auch einige Waorani, die dem Geld verfallen sind, bedrohen mich. Ich weiß genau, wer das ist, und es schmerzt, wenn die eigenen Leute sich gegen einen wenden.

Im Oktober 2019 gab es schwere Unruhen überall in Ecuador wegen der Konditionen, die Präsident Moreno für einen Kredit vom Internationalen Währungsfond akzeptiert hat. Gab es im Nachgang der Demonstrationen auch gegen euch gerichtete Repressionen ?

Viele von uns Indigenen wurden von der Bundesstaatsanwaltschaft vorgeladen und eingeschüchert. Eine lange Liste von Waorani, Kichwa, Shuar, Achuar, Sápara, Cofan und Afro-Ecuadorianer*innen. Auf juristischer Ebene konnte man uns die schweren Vorwürfe wie Tötungsdelikte oder Terrorismus allerdings nicht nachweisen.

Wie reagierst du auf diese Bedrohungen?

Ich bin über die CONFENIAE (Confederación de Nacionalidades Indígenas de la Amazonía Ecuatoriana), dem Dachverband der Indigenen Nationen im Amazonasgebiet Ecuadors, im Austausch mit anderen Führungspersonen. Ich habe auch die Polizei gebeten, sich meine Telefonnummer zu notieren, um im Ernstfall schnell zu reagieren. Aber was bleibt mir? Ohne unseren Widerstand wäre unser Wald morgen schon in den Händen der Holzfäller*innen, Erdöl- und Bergbaugesellschaften. Es ist auch eine Angelegenheit der Generationen: Mein Vater würde niemals Geld für irgendetwas annehmen. Die Abhängigkeit vom Geld und das Versprechen materiellen „Fortschritts“ bedeuten viel für die jüngeren Waorani, die Älteren sind skeptischer. Sie sehen auch die vielen leeren Versprechungen des Geldes.

Wie unterstützen euch zivilgesellschaftliche Institutionen und Bewegungen? Wer sind eure Verbündete?

Am wichtigsten sind unsere Dachverbände, vor allem die CONFENIAE, über die wir Beschwerden einreichen und auch Maßnahmen zu unserem Schutz abstimmen. Angesichts der Aggressivität der Regierung und der Rohstoff-Industrien scheinen fundamentale Rechte in Ecuador für uns Indigene nicht zu gelten, wie zum Beispiel das Recht auf einen angemessenen Wohnraum, Gesundheit, in Frieden zu leben oder freie Meinungsäußerung. Unterstützung kommt aber auch von NGOs, sowohl in der Entwicklung unserer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Autonomie als auch in der Verteidigung unseres Territoriums. Vom Staat erwarten wir uns keine Hilfe, obwohl alle Rechte in der Verfassung festgeschrieben sind. Da geht es nur ums Geschäft mit dem Wald. Daher arbeiten wir eher mit nicht-staatlichen Organisationen und Stiftungen zusammen. Sie sind es übrigens auch, die uns jetzt angesichts der Gefahr des Corona-Virus unterstützen.



Christian Cray arbeitet seit dreieinhalb Jahren mit den Waorani in Ecuador, zurzeit bei der Umweltorganisation *Acción Ecológica*. Bis 2016 hat er beim VEN gearbeitet.

Repressionen, Justizwillkür und unerschrockene Aktivistinnen

Azadeh Moalem

Der iranische Staat unterdrückt politisches und soziales Engagement. Anfang der 2000er Jahre formierte sich die Zivilgesellschaft neu – u. a. erstarkte die Frauenbewegung wieder. Seit den Protesten nach der Präsidentschaftswahl 2009 hat sich die Menschenrechtsslage weiter verschlechtert. Viele Menschenrechtler*innen, Journalist*innen und Frauenrechtsaktivist*innen verließen wegen der Repressalien das Land. Die, die noch geblieben sind, haben mit Schikanen, Drohungen und Verhaftungen zu kämpfen.



Kämpferin für Freiheitsrechte: Narges Mohammadi

Narges Mohammadi setzt sich seit über 20 Jahren unermüdlich für Menschenrechte ein. Zurzeit ist die bekannte Aktivistin inhaftiert, ihr Gesundheitszustand ist kritisch. Mit der späteren Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi gründete Narges Mohammadi 2002 das Zentrum der Menschenrechtsverteidiger*innen, das sich für die Rechte von Minderheiten einsetzte und Regimekritiker*innen juristischen Beistand bot. 2010 wurde sie deshalb verhaftet und wegen „Gefährdung der inneren Sicherheit und Propaganda gegen die Islamische Republik“ angeklagt. Die erste Verurteilung zu einer elfjährigen Haftstrafe wurde später auf sechs Jahre reduziert. Wegen einer schweren Krankheit wurde sie 2012 aus der Haft entlassen.



Narges Mohammadi

Gemeinsam mit weiteren Aktivist*innen rief Mohammadi 2013 eine Kampagne für die Abschaffung der Todesstrafe ins Leben. Iran hat nach China die meisten Hinrichtungen weltweit. Im vergangenen Jahr wurden laut Amnesty International mindestens 251 Todesurteile vollstreckt. 2016 wurde Mohammadi wegen ihrer Aktivitäten zu weiteren 16 Jahren Haft verurteilt.

Auch im Gefängnis hat sie ihren Kampf für eine gerechtere Gesellschaft nicht aufgegeben. Als im vergangenen Jahr landesweite Proteste der Bevölkerung gegen die iranische Regierung gewaltsam unterdrückt wurden, organisierte Narges Mohammadi im Gefängnis einen Sitzstreik: Sie solidarisierte sich mit den Protestierenden und den Familien der Getöteten. Daraufhin wurden die Streikenden mit einem Besuchs- und Anrufverbot bestraft. Mohammadi wurde in ein anderes Gefängnis verlegt, wo sie laut Angaben ihres Anwaltes im Trakt der schweren Straftäterinnen untergebracht ist. Sie habe von einer Mitgefangenen eine Morddrohung bekommen.

„Ich stehe zu jeder einzelnen meiner Aktivitäten der letzten Jahre aus dem Evin-Gefängnis heraus; dem Organisieren von Sitzungen, meinen Stellungnahmen und Äußerungen. Ich werde den Preis dafür [...] zahlen“, schreibt Mohammadi Anfang Mai 2020 in ihrer Antwort an die Staatsanwaltschaft Teheran, die im März zwei weitere Verfahren gegen Mohammadi eingeleitet hat.

Frauenrechtsaktivistin Bahareh Hedayat

Bahareh Hedayat wurde als studentische Aktivistin bekannt und setzt sich insbesondere für die Abschaffung der diskriminierenden Gesetze gegen Frauen ein. Die damals 24-Jährige wurde 2005 als einzige Frau in den Zentralrat ihrer Studentenorganisation gewählt. Sie verstand und verbreitete Gleichberechtigung fortan als eine der Forderungen der Student*innenbewegung. 2005 und 2006 war sie Mitorganisatorin der Kundgebungen zum Weltfrauentag. Als 2006 die Polizei die Kundgebung gewaltsam auflöste, wurde Hedayat zum ersten Mal verhaftet. Sie wurde zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.

Im Dezember 2009 wurde sie erneut verhaftet, weil sie sich an den Protesten nach der Präsidentschaftswahl beteiligt und sich mit den politischen Gefangenen solidarisiert hatte. Im Mai 2010 wurde sie der „Propaganda gegen das System, Störung öffentlicher Ordnung, Teilnahme an illegalen Treffen, Beleidigung des Präsidenten, Beleidigung des Obersten Führers und Kommunikation mit ausländischen Medien“ angeklagt und zu 9,5 Jahren Haft verurteilt. Die Strafe verbüßte sie bis 2016 im für Folter berühmtesten Evin-Gefängnis.



Bahareh Hedayat

Seit ihrer Entlassung erfährt die Aktivistin immer wieder Repressalien. Zuletzt wurde sie im Februar 2020 ver-

haftet und dabei brutal geschlagen. Über den Grund der Verhaftung gibt es keine klaren offiziellen Angaben. Wahrscheinlich steht sie im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Regierung im vergangenen Jahr, die von den Sicherheitskräften niedergeschlagen wurden. Offizielle Angaben über die Zahl der Toten und Verhafteten gibt es auch nach Monaten nicht. Die Presseagentur Reuters berichtete über 1.500 Tote.

Im Gefängnis protestierte Hedayat mit einem Hungerstreik gegen ihre Verhaftung. Sie wurde zunächst gegen eine hohe Kautiön freigelassen. Das Gerichtsverfahren schwebt weiterhin wie ein Damoklesschwert über ihr.

Engagement in Niedersachsen

Die Geschichten von Narges Mohammadi und Bahareh Hedayat stehen beispielhaft für viele weitere Aktivistinnen. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International setzen sich weltweit für ihre Rechte ein. In Niedersachsen sind mehr als 50 Gruppen von Amnesty International aktiv. Die Amnesty International Hochschulgruppe Hannover hat auch die Fälle der Iranerinnen begleitet. Sie fordert weiterhin die sofortige Entlassung Mohammadis. Bis dahin soll sie eine ausreichende medizinische Versorgung erhalten und in der Haft nicht misshandelt oder gefoltert werden. Dafür sammelt die Gruppe Unterschriften, informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit und schreibt regelmäßig den iranischen Behörden und dem Botschafter. Ähnliches hatten die Engagierten auch schon im Fall von Hedayat getan. Im Rahmen weltweiter Proteste haben mehr als 100.000 Menschen mit Petitionen und Briefen Druck auf die iranische Regierung ausgeübt, der schließlich zu ihrer Freilassung führte.

Weitere Infos zur Arbeit von Amnesty International in Niedersachsen: www.amnesty.de/mitmachen/gruppe-finden.

Azadeh Moalem hat ihre Kindheit und Jugend in Iran verbracht. In Deutschland studierte sie Islamwissenschaft und hat bei einer Menschenrechtsorganisation gearbeitet.

„Wir müssen für Vieles gewappnet sein“

Juliane Jesse im Gespräch mit Kai Weber, Geschäftsführer des Flüchtlingsrates Niedersachsen

Europa galt bisher als Bollwerk der Demokratie und Hüterin der Menschenrechte. Deshalb ist der Trend zu rechtsnationalem Populismus hier besonders besorgniserregend. Das Schüren von Ängsten, das Denken in Feindbildern sowie beleidigende Rhetorik unter anderem gegen Migrant*innen und Geflüchtete spalten unsere Gesellschaft und schaffen ein immer schwierigeres Umfeld für zivilgesellschaftliche Akteure.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen ist ein solcher Akteur. Die landesweit tätige Menschenrechtsorganisation ist Mitte der 1980er Jahre als ein Zusammenschluss niedersächsischer Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen entstanden. Ziel ist es, gemeinsam für den Schutz und eine menschenwürdige Lebensperspektive von Geflüchteten und Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsrecht einzutreten.



Aktion vor dem Landtag: Flüchtlingsrat und Flüchtlingsinitiative Wolfsburg fordern Hilfe vom Land: Wer für syrische Flüchtlinge gebürgt hat, soll nicht in den finanziellen Ruin gestürzt werden.



Kai Weber ist seit 1990 Geschäftsführer des Flüchtlingsrates Niedersachsen. Nach seiner Zivildienstzeit und Arbeit in Behinderteneinrichtungen studierte er Sozialarbeit und Pädagogik.

Herr Weber, die mediale Berichterstattung zu Engagement für Geflüchtete spricht eine deutliche Sprache: Im vergangenen Jahr zeigte sich die Kriminalisierung von Seenotrettung am Fall von Carola Rackete sehr eindrücklich. Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen werden zunehmend angegriffen, wie etwa im März auf Lesbos geschehen. Die Rettung von Menschen aus dem Mittelmeer wird somit immer gefährlicher. Sie spiegelt dabei nur einen Teil des Engagements wieder. Welchen Beitrag leisten Sie hier in Niedersachsen zur Unterstützung von Geflüchteten?

Die Menschen, die Schutz in Deutschland suchen, wollen hier so schnell es geht ankommen und Teil der Gesellschaft werden. Sie wünschen sich ein Leben in Würde und Sicherheit, einen Alltag mit eigener Wohnung, einen Job, soziale Kontakte. Als unabhängige Menschenrechtsorganisation unterstützen wir Geflüchtete mit individueller Beratung und Rechtshilfe und engagieren uns mit begleitender Lobbyarbeit für eine von Offenheit und Humanität geprägte Flüchtlingspolitik. Mit Stellungnahmen, Bündnisarbeit und Gesprächen mit Politiker*innen wollen wir den oft sprachlosen Ankommenden eine würdige Perspektiven verschaffen. Wir bieten Fortbildungen an, sorgen für die Vernetzung der verschiedenen Initiativen und setzen auch eigene Projekte um.

Lassen Sie uns zunächst mit einer Beschreibung der Ist-Situation beginnen. Wo steht der Flüchtlingsrat mit seinem Engagement gerade?

Wir haben in den letzten 30 Jahren bemerkenswerte Fortschritte in der Asylpolitik gemacht. Wir haben die einstige systematische Entrechtung Geflohener weitestgehend überwunden; Menschen können einfacher eine Arbeitserlaubnis bekommen, mehr Herkunftsländer und Fluchtgründe werden im Asylgesuch anerkannt. Diese Änderungen gehen nicht nur – aber auch – auf die kontinuierliche Arbeit von uns Flüchtlingsräten zurück. Gleichzeitig beobachten wir seit 2015 einen Rollback, den ich in dieser Schnelligkeit und Ruppigkeit so nicht für möglich gehalten hätte.

2015 verkündete Angela Merkel optimistisch „Wir schaffen das“ und setzte sich für die Aufnahme von vielen Menschen in Not ein. 890.000 Schutzsuchende kamen nach Deutschland. Ist das nicht auch ein großer Erfolg für die Flüchtlingsräte?

Als Deutschland 2015 so viele Menschen aufgenommen hat, gab es zunächst eine bemerkenswerte Solidaritätsbewegung. Menschen fühlten sich aufgerufen, den Geflüchteten ein Ankommen in Deutschland zu ermöglichen und sie dabei zu unterstützen. Und das trotz oder gerade wegen der hohen Geflüchtetenzahlen. Kurz darauf hat eine Spaltung der Gesellschaft eingesetzt. Rassistische Stimmungen und rechte Bewegungen wurden lauter und stärker. Die Politik hat darauf reagiert und sich inhaltlich diesen Gruppen angenähert. So hat die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD mit mehr als 20 Gesetzesinitiativen in drei sogenannten Asylpaketen seit Oktober 2015 die härtesten asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verschärfungen der letzten 20 Jahre ver-

abschiedet. Dies hat zur nachhaltigen Verschlechterung der Aufnahmebedingungen in Deutschland geführt. Dazu gehören die Ausweitung der Liste sogenannter „sicherer Herkunftsstaaten“, die Einführung sogenannter beschleunigter Asylverfahren und das Absenken der Schutzquote, immer längere Unterbringung in Lagern oder der immer stärkere Fokus auf Abschiebungen.

Was genau erschwert Ihre Arbeit heute?

Die Tatsache dass Rechtspopulisten inzwischen nicht nur auf der Straße sind, sondern auch in die Parlamente eingezogen sind, hat die Pole in der politischen Debatte verschoben. Politiker*innen insbesondere der Großen Koalition haben sprachliche Elemente der AfD übernommen, z. B. das Wort „Asylindustrie“. Durch derartige Diskursverschiebungen werden einerseits Unterstützer*innen von Geflüchteten diffamiert, aber auch Geflüchtete selbst werden von etablierten Parteien immer wieder angegriffen und stigmatisiert. Diese Verrohung der Sprache geht mit Verschärfungen im Asylrecht einher. Und im öffentlichen Raum führt sie zu immer mehr rassistischen Angriffen auf Geflüchtete oder People of Colour. Dankenswerterweise sieht es bei uns in Niedersachsen noch nicht so drastisch aus: Ministerpräsident Weil, Innenminister Pistorius und Sozialministerin Reimann sind bestrebt, pragmatische Lösungen zu finden. Wir sind aber auch nicht davor gefeit, dass in Deutschland ähnliches passiert wie in Italien und Österreich, wo rechte Parteien einen Teil der Regierung stellen.

Inwiefern verschärft die Corona-Pandemie die Situation?

Mit Corona erleben wir eine Renationalisierung der Politiken. Jede*r schaut auf sich – die Internationale Zusammenarbeit wird geschwächt. Wir erleben eine Politik des gegenseitigen Misstrauens und der abgeschotteten Grenzen. Der Rassismus grassiert: Menschen, die aus dem Ausland kommen oder aufgrund äußerer Merkmale als „ausländisch“ imaginiert werden, müssen erleben, dass sie als Vireenträger*innen und Unheilsbringer*innen verdächtigt und teilweise sogar angegriffen werden. Das bietet auch für rechtspopulistische Gruppen Anknüpfungspunkte. In der Politik sehen wir, wie mit zweierlei Maß gemessen wird: Während überall Abstandsregeln eingehalten werden sollen, müssen Geflüchtete weiter in Massenunterkünften leben, in denen das schlicht nicht möglich ist. Kommt es dann zum Ausbruch von Infektionen, werden Corona-Schutzmaßnahmen bei Geflüchteten viel rigider durchgesetzt, oftmals ohne jede Rücksicht auf die Grund- und Freiheitsrechte der Betroffenen. Oft werden ganze Unterkünfte unter Quarantäne gestellt, in denen dann Infizierte und Nichtinfizierte weiter gemeinsam leben müssen. Unfassbar! Es wird sich noch zeigen, wie ernst der Staat es mit den Menschenrechten nimmt und inwiefern wir für diese solidarisch in Europa eintreten.



Juliane Jesse ist Eine Welt-Fachpromotorin für Öffentlichkeitsarbeit und Internationales. Sie unterstützt entwicklungspolitische Gruppen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit, um mehr Menschen für Globale Gerechtigkeit zu sensibilisieren und zu aktivieren.

„Wir sind die Expert*innen für Afrika“

Mana Atiglo und Juliane Jesse im Gespräch mit Abdou Ouedraogo,
Vorsitzender des Afrikanischen Vereins Ostfriesland

Der Afrikanische Verein Ostfriesland (AVO) berät und unterstützt Afrikaner*innen in Ostfriesland, organisiert Informationsveranstaltungen z. B. zu Gesetzen, die Migrant*innen betreffen und vertritt die Interessen der Mitglieder gegenüber der Politik. Außerdem engagiert sich der AVO entwicklungspolitisch. Bei der Umsetzung der Vereinsziele erlebt Ouedraogo immer wieder Hürden und Anfeindungen.



Abdou Ouedraogo ist 61 Jahre alt und Deutsch-Burkinabe. Der gelernte Kommunikationselektroniker und Diplom-Ingenieur für Maschinenbau lebt seit 1985 in Deutschland. Er ist Vorsitzender des Integrationsrates der Stadt Emden, Delegierter im Niedersächsischen Integrationsrat und Vorsitzender des AVO.

Wie sieht Ihr entwicklungspolitisches Engagement aus? Vor welchen Herausforderungen stehen Sie?

Neben der klassischen Interessenvertretung unterstützt der AVO entwicklungspolitische Projekte seiner Mitglieder und begleitet sie bei der Realisierung ihrer Ideen. Einige von uns wollen in ihre Heimatländer zurückkehren. Mit dem hier erworbenen Wissen wollen sie etwas für sich selbst, ihre Familien und auch für das Land bewegen. Andere haben sich entschieden, in Deutschland zu bleiben: Durch ihre Erfahrungen in der Diaspora haben sie wertvolle Expertise erworben, die man für eine erfolgreiche entwicklungspolitik braucht.

Gerade als afrikanischer Verein erfahren wir wenig Unterstützung bei der Umsetzung unserer entwicklungspolitischen Projekte. Es ist für Afrikaner*innen sehr schwer, für ihre eigene Sache Fürsprecher*innen zu gewinnen. Schwierig sind das Finden neuer Kooperationspartner*innen für Projekte oder aber auch die Mittelakquise für deren Umsetzung. Gemeinnützige Organisationen sind zudem auf Beiträge ihrer Mitglieder angewiesen. Häufig können Migrant*innen ihre Vereine nicht in der Weise finanziell unterstützen, wie sie es gerne tun würden. Dies trifft auch auf den AVO zu. Die Mittelakquise braucht viel Zeit und gute Kenntnisse über die Förderlandschaft. MSOs haben kaum hauptamtliche Unterstützung bei ihrer Arbeit.

Werden die Expertise und die Erfahrungen von der Diaspora ausreichend in der Entwicklungspolitik einbezogen?

Leider haben immer noch viele Menschen Vorurteile insbesondere gegenüber Menschen afrikanischer Herkunft. Der Kontinent wird mit dem Begriff „primitiv“ gebrandmarkt, gleiches gilt für alle Afrikaner*innen, insbesondere für die aus dem südlichen Teil Afrikas. Sie werden nicht als gleichberechtigte und ebenbürtige Gesprächspartner*innen wahrgenommen. Bewusst oder unbewusst erkennt man ihre Expertise nicht an und verweigert ihnen die entsprechende Anerkennung. Das hat auf vielen Ebenen der Gesellschaft, in der Wirtschaft und Politik sowie in Bezug auf Partizipation große negative Auswirkungen.

Nach meiner Erfahrung werden insbesondere Menschen, die aus Afrika stammen, zudem von Entscheidungsträger*innen benachteiligt. Große Entwicklungsprojekte in Afrika werden nur selten von Afrikaner*innen durchgeführt. Dabei sind sie die Expert*innen für ihre Sache und wissen häufig, worauf es ankommt.

Haben sich die Rahmenbedingungen für Ihre Arbeit in den letzten Jahren verändert?

Täglich merken wir, dass wir nicht zur Mehrheitsgesellschaft gehören, sondern Teil einer Minderheit sind. Es gab mal eine Zeit, in der ich glaubte, wir könnten in Deutschland in einer multi-kulturellen Gesellschaft zusammen leben. Doch mit der Debatte um die „Flüchtlingskrise“ hat sich das geändert. Die Begriffe „Migration“ und „Integration“ werden nun häufiger mit Problemen und dem Verlust der eigenen Kultur in Verbindung gebracht. Kulturelle Vielfalt wird von immer mehr Menschen hierzulande als Gefahr gesehen. Rassismus und Diskriminierung werden jetzt offener gelebt als je zuvor: ob beim Arztbesuch, bei der Wohnungssuche oder beim Einkaufen – als Migrant*innen bekommen wir das ganze Ausmaß des Rassismus und der Diskriminierung mit voller Wucht zu spüren. Die Betroffenen suchen bei uns Schutz und Hilfe. Je mehr Menschen sich von rechter Ideologie

angesprochen fühlen, um so geringer wird unser Handlungsspielraum. Denn unsere Arbeit lebt nicht nur von der Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen und anderen Organisationen, sondern auch von der Zusammenarbeit mit einzelnen Menschen.

Welche Erfahrungen mit Diskriminierung haben Sie persönlich gemacht?

Einige trauen sich nicht mehr, offen Migrant*innen zu unterstützen, weil sie Repressalien von Deutschen in ihrem Umfeld befürchten. Das musste ich selbst erleben: Einige Personen, mit denen ich mich früher gerne ausgetauscht habe, halten plötzlich Abstand. Migrant*innen trauen sich nicht mehr, sich wie früher in der Öffentlichkeit zu zeigen. Viele fühlen sich persönlich abgelehnt, und es gibt auch viel mehr persönliche Beleidigungen als früher. Das wirkt sich dann natürlich auf deren Engagement und auch auf unsere möglichen Aktivitäten im Verein aus.

Auf Facebook, aber auch im persönlichen Gespräch höre ich Sätze wie: „Die passen doch hier nicht her“ und „Sie sollen dort bleiben, wo sie hin gehören.“ Das ist ein Angriff auf die Menschenwürde der Betroffenen. Ich selbst wurde auch schon mehrfach für mein Engagement angegriffen. Einige Menschen geben mir persönlich die Schuld, dass Geflüchtete nach Deutschland kommen, weil ich sie mit unserem Verein unterstütze. Solche Situationen sind sehr herausfordernd.

Wie gehen Sie damit um?

Man braucht sehr viel Geduld, Zeit des Nachdenkens und innere Ausgeglichenheit, um damit einigermaßen umgehen zu können. Ich entscheide jedes Mal neu, ob es sich lohnt, mit meinem Gegenüber ins Gespräch zu gehen. Ganz wichtig dabei ist, dass ich immer die Lage unter Kontrolle habe. Das heißt, ich muss die Herausforderung immer mit großer Disziplin annehmen, und das erfordert viel Energie von einem. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, dass es sich sehr lohnt.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

In der Diskussion über Migration und Integration sollte ein Paradigmenwechsel stattfinden. Zur Förderung der Demokratie sind in dieser Zeit dringend mehr Debatten notwendig. Ich wünsche mir, dass Entscheidungsträger*innen die Anliegen der Migrant*innen ernst nehmen. Man soll sie nicht nur tolerieren, sondern akzeptieren, dass sie auch zu Deutschland gehören. Wo sie Unterstützung brauchen, sollte man sie bewusst fördern, so dass sie am gesellschaftlichen Leben und am politischen Geschehen angemessen teilnehmen können. Wenn das geschieht, dann kann meine Arbeit auch wieder Spaß machen.



Mana Atiglo ist Fachpromotorin für Migration und Entwicklung beim VEN. Sie unterstützt migrantische Organisationen bei Projektentwicklung und Antragstellung und bringt ihre Perspektiven in die politische Arbeit des Verbandes ein.

Demokratie braucht eine sich einmischende Zivilgesellschaft!

Annika Härtel, Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen

...ung der politischen Meinungsbildung, Förd
... nicht zu dem gemeinnützigen Zwecken i. S
...er politischen Meinungsbildung schließt jedo
...m 29.8.1984, I R 203/81, BStBl II S. 844). Eine
... Gemeinnützigkeit, wenn eine gemeinnützi
...ngsläufig mit einer politischen Zielsetzung v
...e politischen Parteien und die staatliche Will
...ützigen Zwecks weit in den Hintergrund tri
...ießlich ihren steuerbegünstigten Zweck, w
...hmen ihres Satzungszwecks Stellung nimm
...nkt der Tätigkeit der Körperschaft ist oder
...Ziele der Körperschaft dient (BFH-Urteil
...rsagen, wenn ein politischer Zweck
...er Körperschaft...

Die globalisierungskritische Bewegung attac, die Bürger*innen-Bewegung Campact, die Online-Petitionsplattform change.org oder die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen: All diesen namhaften Vereinen wurde in den vergangenen Jahren die Gemeinnützigkeit entzogen oder mit dem Entzug gedroht. Diese Entwicklung ist demokratiegefährdend – und betrifft auch entwicklungspolitische Vereine.

Ein Verein engagiert sich für Menschenrechte in einem südamerikanischen Land. Einen Zweck „Förderung der Menschenrechte“ gibt es im Gemeinnützigkeitsrecht aber nicht. Wohl aber: „Förderung der Entwicklungszusammenarbeit“. Der Verein hält das für passend, um die eigene Arbeit zu beschreiben. Doch das örtliche Finanzamt hat eine andere Vorstellung davon, was Entwicklungszusammenarbeit ist: Damit sei nur die wirtschaftliche Entwicklung gemeint. Das Amt verlangt, die Aktivitäten anzupassen, ansonsten sei die Gemeinnützigkeit bedroht – und damit Zuwendungen aus Bundesmitteln und Stiftungen. Was wie ein Fallbeispiel aus dem Jurastudium klingt, ist ein anonymisierter und von der Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung gesammelter, real existierender Fall. Die dargestellte Auseinandersetzung zwischen dem Verein und dem für ihn zuständigen Finanzamt zeigt, dass nicht nur große NGOs wie attac oder Campact von der aktuellen Gemeinnützigkeitsdebatte in Deutschland betroffen sind. Vielmehr sind auch solche davon bedroht, deren Schwerpunkte entwicklungspolitische Bildungs-, Kampagnen- und Lobbyarbeit im In- und Ausland umfassen.

Was ist das Problem?

Zahlreiche Vereine bangen zum Teil schon seit Jahren um ihre Gemeinnützigkeit. Der Grund hierfür ist, dass die für sie zuständigen Finanzämter gesellschaftspolitische Aktivitäten als nicht gemeinnützig bewerten – auf Basis zum Teil fragwürdiger Interpretationen. Die Gemeinnützigkeit eines Vereins wird über den sogenannten „Anwendungserlass zur Abgabenordnung“ (AEAO) geregelt. Darin ist festgehalten, dass politische Tätigkeit nur „im Einzelfall“ möglich sein soll und diese „weit in den Hintergrund“ der gemeinnützigen Tätigkeit treten muss. Der Gesetzgeber will damit verhindern, dass Vereine die Aufgaben von Parteien übernehmen und die öffentliche Meinungsbildung zu stark beeinflussen. In der Praxis kann das jedoch bedeuten, dass auf einmal politische Bildungsarbeit zu globalen Gerechtigkeitsthemen in Frage gestellt wird. Entwicklungspolitische Vereine haben plötzlich Probleme, Projekte zur Stärkung von Menschenrechten im Globalen Süden durchzuführen. So steht auf einmal auch entwicklungspolitische Arbeit in Frage.

Was bedeutet das für unsere Zivilgesellschaft?

Der Interpretationsspielraum der Finanzämter über die Angemessenheit und Zulässigkeit politischer Äußerungen und Aktivitäten von Vereinen führt zu einer starken Verunsicherung – und einer Einschränkung ihrer Tätigkeiten. Doch eine lebendige Demokratie braucht eine starke und mutige Zivilgesellschaft. NGOs sind Orte, an denen Menschen zusammenkommen und sich organisieren, sich bilden und für unsere Gesellschaft fundamental wichtige Themen wie Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit öffentlich eintreten. Sie bilden ein Gegengewicht zu eigennützigem Interessen von Lobbyist*innen und verhindern vorschnelle politische Entscheidungen.

Unser Grundgesetz garantiert das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Versammlungsfreiheit und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Vereine, die Menschen bei der Wahrnehmung dieser Grundrechte unterstützen, fördern daher auch unsere Demokratie.

Was tun?

Die Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung, ein Zusammenschluss aus 170 Vereinen und Stiftungen, will „Rechtssicherheit schaffen durch gesetzliche Klarstellungen“. Die Allianz will kurzfristig eine Änderung der Abgabenordnung erreichen sowie Ergänzungen in der Liste der gemeinnützigen Zwecke. Langfristig kämpft sie aber für ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht.

Die Allianz befürchtet, dass zwischen 2020 und 2022 wegen der regelmäßigen Gemeinnützigkeitsprüfungen noch hunderte Organisationen ihre Gemeinnützigkeit verlieren werden. Daher übt sie Druck auf Bundesfinanzminister Olaf Scholz aus. Dieser beschloss aufgrund dessen im Februar dieses Jahres ein Aussetzen der Gemeinnützigkeitsprüfungen von Vereinen bis Ende 2021. Die Atempause wollen die Politiker*innen nutzen, um Änderungen am Gemeinnützigkeitsrecht vorzunehmen. Für uns als Zivilgesellschaft bedeutet das: Dran bleiben!



Annika Härtel koordiniert das VEN-Projekt „weltwechsel Niedersachsen“, die Aktionswoche zu globalen, gesellschaftspolitischen Themen in ganz Niedersachsen im November 2020.

WEITERE INFORMATIONEN

Zukunft gestalten ist gemeinnützig! Eine Welt-Arbeit und die Debatte zur Gemeinnützigkeit in der Folge des Attac-Urteils des Bundesfinanzhofes Hintergrund- und Diskussionspapier des Fachforums Partizipation und Zivilgesellschaft der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke (agl) t1p.de/agl-gemeinnuetzigkeit

Der VEN ist Mitglied der agl, diese ist wiederum Mitglied in der **Allianz für Rechtssicherheit** für politische Willensbildung.

www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de

Rechtsgutachten zum Thema Politische Betätigung gemeinnütziger Körperschaften

Prof. Dr. Sebastian Unger, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Wirtschafts- und Steuerrecht, Juristische Fakultät der Ruhr-Universität Bochum

t1p.de/rechtsgutachten

Global(es) Lernen ist politische Bildung

Marion Rolle, Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen

Die politische Landschaft in Deutschland und in Europa hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Rechtspopulistische und -extreme Parteien regieren in mehreren europäischen Ländern. In allen deutschen Landtagen und im Bundestag ist die AfD vertreten. Es ist ein gesellschaftliches Klima entstanden, in dem Rassismus und rechte Meinungen „salonfähig“ geworden sind. Zugleich werden Haltungen, die den Menschenrechten, Gerechtigkeit, Solidarität etc. verpflichtet sind, hinterfragt und zum Teil angefeindet. Das hat Auswirkungen auf die Bildungspraxis des Globalen Lernens.



Das politische Selbstverständnis

Deutschlandweit berichten Bildungsreferent*innen, dass rechte und rassistische Ansichten immer offener in Veranstaltungen geäußert werden. Von Rassismus betroffene Referent*innen machen in einigen Regionen nur noch begleitete Angebote – aus Sorge auch physisch angegriffen zu werden. Und außerschulische Bildungsanbieter*innen werden – ähnlich wie Lehrkräfte und Schulen – von der AfD unter die Lupe genommen und fehlender „politischer Neutralität“ beschuldigt.

Vor diesem gesellschaftspolitischen Hintergrund ist es wichtiger denn je, sich mit der politischen und normativen Dimension des Globalen Lernens auseinanderzusetzen, und diese auch eindeutig zu vertreten. Dieses politische Selbstverständnis steht dabei nicht in Konkurrenz zu etablierten Qualitätskriterien des Globalen Lernens¹ wie Informationsgehalt, Multiperspektivität oder Lernendenorientierung. Vielmehr geht es mit ihnen einher.

Bildungsziel: Gestaltung der Transformation

Globales Lernen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur inhaltlich und methodisch, sondern auch hinsichtlich des Selbstverständnisses verändert und zunehmend professionalisiert. Gleichgeblieben ist der normative Anspruch zu einer gerechten, nachhaltigen Welt beizutragen. Dies war und ist ein zutiefst politischer Anspruch, der einhergeht mit dem Ziel, Menschen zu befähigen und zu bestärken, die Welt mitzugestalten, entsprechende Veränderungen einzufordern und selbst zu leben. Entsprechend weist das Globale Lernen per se politische Bezüge auf und versteht sich als Teil der politischen Bildung.

Bestätigt wird dieses Selbstverständnis durch unterschiedliche Dokumente und Vereinbarungen: von der Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen (2002) über die Lissabon-Erklärung (2012) hin zur Agenda 2030. Auch der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms Bildung für Nachhaltige Entwicklung erklärt Nachhaltigkeit zum zentralen Bildungsziel und betont, dass Bildung für die Gestaltung der dafür notwendigen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Transformationen eine Schlüsselrolle spiele.

Angriffe auf kritische Bildungseinrichtungen von rechts

Trotz dieser Eindeutigkeit wird im Globalen Lernen selbst – ebenso wie von „außen“ – immer wieder die Frage gestellt, wie politisch das Globale Lernen sein darf. Auch die AfD greift diese Diskussion auf und wirft nicht nur Schulen, sondern auch außerschulischen Einrichtungen, wie z.B. dem Welthaus Barnstorf vor, an Veranstaltungen teilnehmende Kinder und Jugendliche zu manipulieren und für „link(sextrem)e“ Zwecke zu „missbrauchen“. Der dahinterstehende Vorwurf lautet: Globales Lernen beeinflusst Lernende einseitig und verstößt damit nicht nur gegen seine eigenen Prinzipien, sondern auch gegen den Beutelsbacher Konsens.²

Dabei reicht das Vorgehen von Berichten und Kommentaren auf der AfD-eigenen Facebook-Seite hin zu (zumindest angedrohten) Anfragen im niedersächsischen Landtag oder Kultusministerium.

Doch dahinter steckt letztlich nur eines, wie das Deutsche Institut für Menschenrechte feststellt: „Die AfD will nicht Gegenstand kritischer Bildungsarbeit sein. Doch wenn es um Rassismus geht, gibt es keine Neutralität (...)“.³

Globales Lernen für die Verteidigung der Grundwerte

So verpflichtet der in diesem Zusammenhang zitierte Beutelsbacher Konsens zwar dazu, Schüler*innen nicht zu überwältigen bzw. zu indoktrinieren, und Kontroverses auch kontrovers darzustellen, aber nicht zur Wertneutralität. Im Gegenteil: Er benennt die freiheitlich-demokratische Grundordnung und damit die Werte des Grundgesetzes und der Verfassung als zentrale Werte, denen Lehrkräfte und Referent*innen verpflichtet sind.

Für Akteure des Globalen Lernens stellt also das normative Ziel einer nachhaltigen und gerechten Welt eine klare Handlungsanweisung dar: Wir wollen und sollen Kinder, Jugendliche und Erwachsene ermutigen und befähigen, sich an der Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft zu beteiligen. Zugleich fordert der Beutelsbacher Konsens zum Widerspruch auf, wenn die mit dem Grundgesetz verbundenen Werte – Menschenwürde, Demokratie, Toleranz und Gleichberechtigung – infrage gestellt werden, beispielsweise durch rassistische Äußerungen. Das gilt auch, wenn es sich um Positionen politischer Parteien handelt.

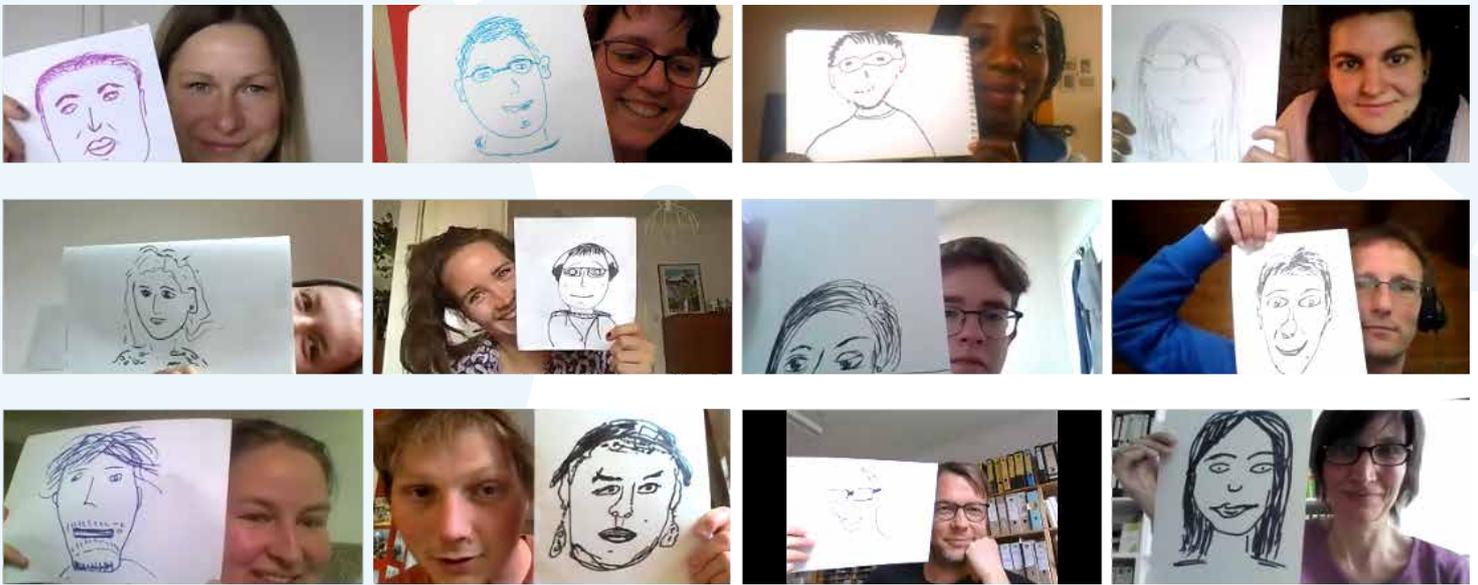
1 Vgl. Qualitätskriterien des Netzwerks Globales Lernen in der BNE Bremen und Niedersachsen, www.globolog.net/globales-lernen-130.html.

2 Der Beutelsbacher Konsens, der im Jahr 1976 auf Initiative der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg erarbeitet wurde, ist bis heute geltender Standard für den politisch-historischen Unterricht an allen Schulen. Seine Grundbestandteile sind ein Indoktrinationsverbot, ein Gebot, politisch Kontroverses auch kontrovers darzustellen sowie Schülerinnen und Schüler dazu zu befähigen, ein eigenständiges Urteil über politische Themen zu gewinnen (vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens/).

3 Deutsches Institut für Menschenrechte / Hendrik Cremer (2019): Das Neutralitätsgebot in der Bildung. Neutral gegenüber rassistischen und rechtsextremen Positionen von Parteien? Download unter: www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/show/das-neutralitaetsgebot-in-der-bildung/



Marion Rolle leitet die Geschäftsstelle NordWest des Vereins Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. (VNB). Sie ist seit langem im Globalen Lernen / BNE tätig, wobei Ansätze transformativen Lernens seit einer Weile in den Mittelpunkt gerückt sind.



Videokonferenzen, Online-Seminare und Kampagnen in Sozialen Medien: Corona verändert die Eine Welt-Arbeit, die angesichts der Pandemie vor enormen Herausforderungen steht.

EINSCHRÄNKUNGEN DURCH CORONA

Eine Welt-Aktive trotz der Krise

Juliane Jesse, Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen

Die Corona-Pandemie hat unser Leben auf den Kopf gestellt. Schulen, Kitas, Universitäten und Kirchen wurden zeitweise ebenso geschlossen wie Geschäfte, Restaurants, Konzertsäle und Theater. Die Kontaktsperre hat verboten, uns mit Menschen außerhalb des eigenen Haushalts zu treffen. Reisen in andere Länder, Bundesländer oder bestimmte Landkreise wurden untersagt. **Wir haben Eine Welt-Akteure in Niedersachsen gefragt, wie sie mit den Einschränkungen in der Corona-Krise umgehen. Inwiefern haben sie ihre Arbeitsweisen verändern müssen? Was sind ihre Befürchtungen und Hoffnungen?**

Weltläden / Fairer Handel

„Corona hat Weltläden und das Engagement für den Fairen Handel in der Region vor große Herausforderungen gestellt. Umso erleichterter sind wir, dass - nach derzeitigem Kenntnisstand - die Weltläden die Wochen der pandemiebedingten Schließungen und Einschränkungen zunächst einmal gut überstanden haben. Viele haben sich kreative Verkaufsmöglichkeiten überlegt, gute Hygienekonzepte erarbeitet und umgesetzt, haben Arbeitszeiten und Teamzusammensetzungen angepasst. Einige haben auch mit Hilfe von Soforthilfen den Fortbestand ihrer Arbeit gesichert. Leider sind viele Veranstaltungen wie Vernetzungstreffen, Fortbildungen und gemeinsame Aktionen ausgefallen. Die Menge an oft spontan entstandenen Online-Angeboten für Austausch, Information und Weiterbildung rund um Eine Welt-Themen zeigt aber, dass viele Menschen momentan alternative Wege für ihr Engagement suchen und finden. Das heißt: Die uns wichtigen

Themen bleiben auf den Agenden und werden weiter vorangetrieben. Hierzu zählt in diesem Sommer vor allem die Forderung nach einem vernünftigen Lieferkettengesetz.“

Dirk Steinmeyer ist Eine Welt-Regionalpromotor in Osnabrück mit dem Schwerpunkt Fairer Handel. www.suednordberatung.de

„Die Corona-Beschränkungen haben gezeigt, wie wichtig die Arbeit von Menschen weltweit ist. Plötzlich ist von Systemrelevanz die Rede. Die Forderung wird laut, dass es eine gerechtere Entlohnung geben müsse. Der Faire Handel sieht dies seit der ersten Stunde als grundlegend für ein gutes Miteinander an. Er ist der Auffassung, dass jeder Mensch in seinem Arbeitsgebiet wichtig ist und einen angemessenen Lohn verdient, von dem er leben kann. Ich wünsche mir nach den Erfahrungen der vergangenen Monate, dass dies auf alle Arbeitsbereiche weltweit übertragen

und das Lebensrecht aller anerkannt wird. Das wären wirkliche Schritte hin zu Gerechtigkeit und Frieden.“

Georg Buisman arbeitet ehrenamtlich im

Weltladen Bruchhausen-Vilsen mit.

www.weltlaeden.weltladen.de/bruchhausen-vilsen

Bildung trifft Entwicklung

Das Programm Bildung trifft Entwicklung (BtE) engagiert sich für ein Lernen, das globale Zusammenhänge in den Lebenswelten der Lernenden erfahrbar macht. Die Angebote richten sich an verschiedene schulische und außerschulische Zielgruppen jeden Alters.

„Die Corona-Krise hat von Beginn an massive Auswirkungen auf unsere Angebote gehabt. Von einem Moment auf den anderen wurden so gut wie sämtliche Veranstaltungen abgesagt. Gerade für die durchführenden Bildungsreferent*innen, die auf Honorarbasis arbeiten, ergibt sich eine schwierige Situation. Dank der Unterstützung des BMZ konnten zumindest für einen begrenzten Zeitraum Ausfallhonorare gezahlt werden. Jedoch bleibt die schwierige Situation bestehen: Die Nachfrage nach Bildungsangeboten wird auf noch nicht absehbare Zeit stark zurückgehen. Digitale Alternativen müssen erst erlernt und erprobt werden und können ein Angebot, das vom lebendigen und kreativen Austausch lebt, nicht oder nur sehr begrenzt ersetzen. Wenn im Zuge der Corona-Krise andere wichtige Themen wie Klimawandel, Ressourcenverbrauch, Menschenrechte etc. in den Hintergrund zu rücken drohen, kann und muss Globales Lernen eine Brücke zwischen verschiedenen Lebensrealitäten bilden. Nur so können wir auch weiterhin eine starke und kritische Zivilgesellschaft bilden.“

Sophie Städing arbeitet bei Bildung trifft Entwicklung –

Regionale Bildungsstelle Nord in Göttingen.

www.ifak-goettingen.de/bte

JANUN / Silent Climate Parade

Wie in den vergangenen Jahren hatte JANUN wieder eine Silent Climate Parade geplant. Hunderte Menschen sollten mit Musik über Funkkopfhörern leise durch Hannover und Lüneburg tanzen, und so für Klimagerechtigkeit demonstrieren. Von außen scheinbar leise wollten sie mit Schildern, Flyern und Choreographien für Aufmerksamkeit sorgen. Die Idee dahinter: Der Klimawandel ist leise, aber er passiert. Dieses Highlight muss wegen Corona nun ausfallen.

„Keine Silent Climate Parade 2020?! Natürlich ein herber Schlag, da wir auf die Tanzdemo für Klimagerechtigkeit hin gefiebert haben – um Begegnungen zu schaffen, für eine Wende in der Klimapolitik einzutreten und zu lokalem Engagement aufzurufen. Doch da eine große Demo, die vom direkten Kontakt lebt, dieses Jahr alles andere als solidarisch gewesen wäre, möchten wir uns auf kleinere Projekte konzentrieren – damit die sonst so stille Demo und Engagement für den Klimaschutz in diesen Zeiten hörbar wird!“

*Annika Patry engagiert sich bei den Klimatänzer*innen JANUN in Lüneburg. www.janun.de*

Schulwälder für Westafrika

Schulwälder für Westafrika unterstützt Nord-Süd Schulpartnerschaften durch Aufforstungsprojekte an westafrikanischen Schulen. Damit will der Verein einen Beitrag gegen die Zerstörung des Regenwaldes und für den Naturschutz tun. Der Verein aus Göttingen arbeitet dafür mit verschiedenen Schulen in Deutschland zusammen.

„Unsere geplanten Veranstaltungen sind alle abgesagt. Durch die Corona-Beschränkungen können wir zurzeit keine Vorträge in Schulklassen halten. Außerdem können Schüler*innen z. B. der Umwelt-AGs von Schulen nicht den Passanten auf dem Marktplatz einer Stadt über unseren Verein berichten. Auch können wir nicht die geplanten Aktionen mit Lehrkräften bei den Afrika-Wochen in Göttingen durchführen und damit unseren Verein nicht einer breiten Öffentlichkeit vorstellen. In Ghana sind bislang die Schulen noch geschlossen, weshalb auch die Pflanzaktionen mit den Kindern dort derzeit nicht durchgeführt werden können. Somit können wir unsere gesetzten Ziele nicht erreichen und auch nicht gemeinsam die Welt gestalten. Allerdings sehe ich die Corona-Schutzmaßnahmen, solange ein Ende definiert ist und beispielsweise Demonstrationen unter Einhaltung der Abstandsregeln weiter möglich bleiben, nicht unbedingt als Einschränkung von Menschenrechten an. Es geht ja darum, Menschenleben zu retten.“

Sam Essiamah ist der Vorsitzende von Schulwälder für Westafrika aus Göttingen.

www.schulwaelder.org

INSIGHTS ON CORONA

Gemeinsam mit Peer-Leader-International, dem Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen (VNB) und dem Learn2Change- Global Network of Educational Activists hat der VEN einen Blog erstellt.

INSIGHTS ON CORONA gibt einen Einblick in das Leben von Menschen in verschiedenen Ländern der Welt während der historischen Pandemie von COVID-19. Jede*r ist eingeladen, seine/ihre Geschichte zu erzählen – sei es als Text, Song, Video oder anders.

www.bridgethedistance.net

VEN-Forderungen:

Zivilgesellschaft stärken – hier und weltweit

Die Eine Welt-Bewegung in Niedersachsen setzt sich zusammen mit ihren Partner*innen weltweit dafür ein, dass Gesellschaften demokratischer, ökologischer, gerechter und sozialer werden. Als wichtiges Bindeglied zwischen Bevölkerung und Politik stärken wir demokratische Prozesse. Obwohl NGOs viele Erfolge für die Menschenrechte, den Frieden, für Humanität und Umweltschutz erzielen, erleben Aktivist*innen und Mitarbeitende mit erschreckend zunehmender Tendenz in vielen Ländern Repressionen und eine Einschränkung ihrer Handlungsspielräume.

Deshalb fordert der VEN die Landes- und Bundespolitik auf, sich hier und weltweit für den Schutz von Zivilgesellschaft einzusetzen!



Menschenrechte als Richtschnur deutscher Politik!

Alle Außenbeziehungen Deutschlands sollten an einer kohärenten menschenrechtsorientierten Politik ausgerichtet werden. Politikfelder wie Handel, Außenwirtschaftsförderung, Entwicklung, Migration oder Sicherheit dürfen Menschenrechte und zivilgesellschaftliches Engagement nicht beeinträchtigen oder schädigen. Die Bundesregierung sollte zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume in Regierungsverhandlungen zum Thema machen sowie Multilateralismus, internationale Menschenrechtsforen und Gerichte stärken.

Dialog mit Zivilgesellschaft und Partnerländern / -regionen über Menschenrechte und Demokratie!

In allen Besuchsprogrammen politischer Entscheidungsträger*innen muss der Austausch mit der Zivilgesellschaft vor Ort fester Bestandteil sein. Bei allen Delegationsreisen sollten sich die Teilnehmenden über die Menschenrechtssituation im Land informieren, mit lokalen zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen sprechen und sich für partizipative Prozesse einsetzen, an denen sich die Zivilgesellschaft wirkungsvoll und ohne Angst vor Repression beteiligen kann. Demokratie und der Schutz der Menschenrechte müssen in den Gesprächen mit Regierungs- und Unternehmensvertreter*innen thematisiert werden.

Gesetzliche Verankerung von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten für Unternehmen

Wir fordern ein Lieferkettengesetz auf Bundes- und EU-Ebene und erwarten eine Unterstützung Deutschlands und der EU bei den Verhandlungen um ein bindendes Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten auf UN-Ebene. Auf Landesebene sollten alle Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung von Menschenrechten in globalen Lieferketten ausgeschöpft werden: die Stärkung von sozialen und ökologischen Kriterien in der öffentlichen Beschaffung, die Förderung von Gemeinwohlbilanzierung in (öffentlichen) Unternehmen, eine stärkere Berücksichtigung von Menschenrechten in der (regionalen) Wirtschaftsförderung und die Thematisierung in Dialogräumen mit der Wirtschaft, z. B. in der Niedersächsischen Allianz für Nachhaltigkeit.

Stärkung von zivilgesellschaftlichen Strukturen im Ausland!

Wenn Partnerorganisationen im Ausland unter Druck geraten, müssen deutsche NGOs flexibel und zeitnah Unterstützung anbieten. Insofern bedarf es Förderstandards, die in solchen Situationen NGOs institutionelle Förderung, Nothilfemaßnahmen, aber auch vereinfachte Anträge und Abrechnungen ermöglichen.

Entkriminalisierung von Zivilgesellschaft

Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung weltweit unter strikter Einhaltung der Menschenrechte erfolgen. Anti-Terroraktivitäten dürfen nicht zivilgesellschaftliches Engagement und lebensrettende Hilfen behindern. Einer Kriminalisierung von Aktivist*innen und humanitärem Personal, denen mutmaßliche terroristische Aktivitäten vorgeworfen werden, muss entschieden entgegengetreten werden.

Der VEN erwartet von der deutschen und niedersächsischen Politik ein entschiedenes Eintreten gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung. Das Seerecht, das Flüchtlingsrecht und die Menschenrechte auf dem Mittelmeer müssen eingehalten und umgesetzt werden.

Schutz für politisch Verfolgte

Politisch Verfolgte haben in Deutschland das Recht auf Asyl. Dieses muss garantiert werden. Die deutschen Botschaften sollten lokale Menschenrechtsverteidiger*innen und andere zivilgesellschaftliche Vertreter*innen zu regelmäßig stattfindenden Konsultationen einladen. Ihre Expertise und Analyse sollten in die asyl- und abschiebungsrelevanten Lageberichte des Auswärtigen Amtes und in die Abschiebepolitik der Länder einfließen.

Das Engagement der deutschen

Zivilgesellschaft stärken

Die Landes- und Bundesregierung muss mit gutem Beispiel vorangehen und sich entschieden gegen einsetzende Diffamierung zivilgesellschaftlicher Initiativen aussprechen. Deren Bildungs- und Kampagnenarbeit für die Vermittlung, Einhaltung und Inanspruchnahme von Grund- und Menschenrechten sollte insbesondere gegen rechtspopulistische Anfeindungen verteidigt werden

Förderung von entwicklungspolitischem

Engagement – gerade jetzt in Zeiten

von Corona!

Gerade in Zeiten von Corona werden Eine Welt-Initiativen auf allen Ebenen für die Förderung und die praktischen Strukturen gesellschaftlicher und globaler Solidarität gebraucht. Sie setzen sich dafür ein, dass sich das Engagement für das Gemeinsame im eigenen Land auf der globalen Ebene fortsetzt, und sie engagieren sich für eine Post-Corona-Welt, in der aus der Krise gelernt wird und die Transformation zu einer ökologischen und gerechten Welt neuen Schub erhält. Deshalb ist es wichtig, dass Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements nicht aufgrund wirtschaftlicher Schäden wegbrechen, sondern jetzt gestützt und gestärkt werden.

Gemeinnützige Organisationen brauchen jetzt administrative Flexibilität bei der Abwicklung geförderter Projekte: Verschiebungen von Maßnahmen, Ausfälle, Reduzierungen von Maßnahmen und Mehrkosten müssen kulant von den Geldgebern auf Ebenen des Bundes, der Länder und Kommunen behandelt werden, damit jahrelang aufgebaute Strukturen der globalen Solidarität erhalten bleiben.

Das Eine Welt-Promotor*innen-Programm unterstützt entwicklungspolitisches Engagement vor Ort. Der VEN fordert die Verstärkung der aktuell zur Verfügung stehenden Landesmittel für das Jahr 2021 und den Einstieg in Gespräche über die Zukunft des Programms ab 2022.

Reform des Gemeinnützigkeitsrechts

und Rechtssicherheit für NGOs!

Der VEN fordert ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht, das über die Steuerpolitik hinausgeht und die wichtige Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen für demokratische und politische Willensbildung anerkennt. Wir fordern, kurzfristig durch die Anpassung der Abgabenordnung Rechtssicherheit für Eine Welt-Gruppen zu schaffen. Es bedarf insbesondere einer Ausweitung der gemeinnützigen Zwecke auf die Förderung von Menschenrechten, Frieden und Klimaschutz sowie einer Klarstellung, dass die Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess für die Gemeinnützigkeit unschädlich ist. Zudem muss geklärt werden, was unter einer politischen Bildung für Demokratie und Menschenrechte verstanden wird. Dies sollte modernen Konzepten politischer Bildung entsprechen. Beschränkungen im Gemeinnützigkeitsrecht für internationale Arbeit sollten beseitigt werden.

LESEEMPFEHLUNGEN

VENRO: Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft!

Im Positionspapier werden Gefahren für die Demokratien skizziert und Möglichkeiten aufgezeigt, wie sich die Bundesregierung für die Wahrnehmung demokratischer Rechte weltweit einsetzen kann.

t1p.de/venro-Forderungen

agl: Zeit für Solidarität!

Die agl hat in einem Aufruf an Politiker*innen in Bund, Ländern und Kommunen appelliert, sich entschieden für globale Solidarität und die Unterstützung von Eine Welt-Initiativen einzusetzen.

t1p.de/agl-Forderungen

Der VEN ist Mitglied der agl sowie bei VENRO.



HANDLUNGSOPTIONEN

Was können wir tun?

Juliane Jesse, Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen

Die vorangegangenen Beiträge haben gezeigt, dass Angriffe auf Menschenrechte und deren Aktivist*innen ein weltumfassendes Problem sind. Auch wenn es von Land zu Land große Unterschiede gibt und wir in Niedersachsen in einer privilegierten Lage sind, so sind auch wir nicht davor gefeit. Was kann die Zivilgesellschaft gegen Shrinking Spaces unternehmen? Die Antworten sind hier ebenso vielfältig wie die Problemlagen. Hier einige Ideen, die angepasst an den jeweiligen Arbeitskontext helfen können.

Als Watchdog agieren

Zivilgesellschaftliche Akteure haben die Aufgabe, die Politik kritisch zu begleiten. Dazu gehört staatliche Handlungen zu hinterfragen, zu diskutieren und Stellung zu beziehen. Auf (mögliche) Verletzungen und Bedrohungen muss frühzeitig hingewiesen werden, konkrete Fälle entsprechend bekannt gemacht werden.

Öffentlichkeit für die eigene Arbeit schaffen

Nur wenn die Öffentlichkeit versteht, welche Arbeit eine NGO macht und welchen Beitrag sie damit für die Gesellschaft leistet, versteht sie auch die Problematik von (drohenden) Einschränkungen. Dazu gehört die eigene Arbeit transparent zu machen und gegen negative Kommentare, etwaige Gerüchte oder Denunziationen offensiv und öffentlich vorzugehen. Regelmäßige Pressearbeit, eine gepflegte Webseite und Social Media-Aktivitäten sorgen für einen professionellen Auftritt.

Austausch mit Gleichgesinnten

Es ist wichtig, dass sich NGOs untereinander vernetzen, sich gegenseitig stärken und externe strategische Verbündete suchen. Dabei sollten Vereine auch Kontakt zu lokalen Gemeinden, selbstorganisierten Gruppen und Bewegungen halten. Solidaritätsbekundungen, gemeinsame Aktionen oder Medienarbeit können Schritte sein, um gemeinsam mit größerer Reichweite gegen die Bedrohungen vorzugehen.

Solidarität zeigen

In Absprache mit den Betroffenen sollte Solidarität gezeigt und offen ausgesprochen werden. Durch Kampagnen im Internet lässt sich mit relativ einfachen Mitteln schnell eine große Reichweite erzeugen. Dabei ist es hilfreich, auch konkrete Handlungsoptionen zu benennen, etwa Unterschriftensammlungen, Spenden oder andere Unterstützungsangebote.

Zu Engagement ermutigen

Jede*r kann etwas tun und sich für Menschenrechte, Nachhaltigkeitsziele und Demokratie einsetzen. Dafür ist es wichtig, immer wieder zu betonen und konkret zu zeigen, wie jede*r Einzelne zu einer funktionierenden Zivilgesellschaft beitragen kann und gleichzeitig von einer funktionierenden Zivilgesellschaft profitiert.

Die eigene Institution stärken

Bei Angriffen auf die eigene Arbeit sollten auch juristische Möglichkeiten eruiert werden. Den Rechtsweg einzuschlagen, kann langwierig und kostenintensiv sein, das wissen auch die Gegner*innen und setzen entsprechend darauf. Für solche und andere Fälle ist es ratsam, neue Finanzierungsquellen zu suchen, um auch möglichst unabhängig von staatlicher Förderung zu sein.



Weitere Informationen

VENRO hat eine **Faktensammlung zu Shrinking Spaces** erstellt, die diverse Denkanstöße für mögliche Handlungsstrategien und Reaktionen enthält.

t1p.de/Shrinking-spaces

In einem Diskussions- und Forderungspapier hat VENRO zudem konkrete **Forderungen an die Bundesregierung** formuliert, was sie zum Schutz des zivilgesellschaftlichen Raumes in Partnerländern beitragen kann.

t1p.de/VENRO-partnerlaender

Unter dem Titel „**Shrinking Spaces. Eine Herausforderung der internationalen Demokratie- und Zivilgesellschaftsförderung**“ haben Autor*innen des Leibniz-Instituts Hessische Friedens- und Konfliktforschung die Erkenntnisse ihres Forschungsprojektes veröffentlicht.

t1p.de/HSFK

Eine **Studie von Brot für die Welt**, dem Hilfswerk der Evangelischen Kirche Schweiz und dem Hilfswerk der Dänischen Kirche hat untersucht, wie sich Shrinking Spaces auf das Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele auswirken.

t1p.de/actalliance

Unter dem Titel „**Es wird eng – Handlungsspielräume für Zivilgesellschaft**“ hat die Heinrich-Böll-Stiftung ein **umfangreiches Web-Dossier** erstellt. Es wirft ein Blick auf verschiedene Länder, zeigt diverse Bedrohungen auf, gibt aber auch einen positiven Ausblick.

t1p.de/dossier-boell

Der **Atlas der Zivilgesellschaft** von Brot für die Welt zeigt, wie alarmierend wenig Handlungsspielraum zivilgesellschaftliche Akteure weltweit haben. Neben einer interaktiven Karte gibt es zahlreiche Länderporträts.

t1p.de/atlas-zivilgesellschaft

Das **Hohe Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte** beschäftigt sich mit der weltweiten Situation der Menschenrechte. Auf der Webseite finden sich zahlreiche Informationen wie die UNO zivilgesellschaftliche Räume schützen will.

t1p.de/UN

Die **Charta für politische Teilhabe** wurde in umfassenden Beratungs- und Konsultationsprozessen gemeinsam von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen aus unterschiedlichen Kontinenten und Ländern entwickelt und 2016 veröffentlicht.

t1p.de/Civic-charter

Die Gesellschaft für Freiheitsrechte kämpft mit rechtlichen Mitteln für die Grund- und Menschenrechte, um das deutsche und europäische Recht menschlicher und gerechter zu machen. Zurzeit gibt es auch das **Monitoring-Projekt „Corona-Virus und Civic Space in Deutschland“**.

t1p.de/freiheitsrechte

Die jährliche **Rangliste der Pressefreiheit** von Reporter ohne Grenzen (RSF) zeigt, wie sehr Journalist*innen weltweit in ihrer Unabhängigkeit eingeschränkt sind und unter welcher großen Risiken sie arbeiten.

t1p.de/rangliste-pressefreiheit

Die Amadeu Antonio Stiftung und das Team Civic.net haben **33 Social Media-Tipps für die Zivilgesellschaft** gesammelt. Sie beschreiben dort einen guten Umgang mit Hate Speech, sowie die Entwicklung und Umsetzung eigener Kampagnen in Sozialen Netzwerken.

t1p.de/amadeu-antonio-stiftung



Der VEN und die Eine Welt-Promotor*innen in Niedersachsen verstehen sich als Anlaufstellen für Gruppen, Verein und Initiativen der Eine Welt-Arbeit.

Die Kolleg*innen unterstützen bei Fragen und Problemen, unter anderem zu Vereinsgründungen, Projektentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit sowie Antragstellung und -abwicklung.



Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen ist ein Zusammenschluss von über 140 Eine Welt-Initiativen und das Sprachrohr für Menschen, die sich in Niedersachsen für globale Gerechtigkeit einsetzen. Der VEN bietet eine Plattform zum Austausch und zur Vernetzung, berät seine Mitglieder vor Ort, qualifiziert mit Fortbildungen und Seminaren, koordiniert landesweite Kampagnen und Programme und stärkt damit zivilgesellschaftliches Engagement. Auf landespolitischer Ebene bringt der VEN globale Themen ein, wirbt für mehr Politikkohärenz und Verantwortung.



**VERBAND
ENTWICKLUNGSPOLITIK
NIEDERSACHSEN E.V.**